

Demonstrative Übergabe von 175 445 Verbotsforderungen

Unterschriften für **nonpd** im Bundestag angekommen

In der letzten Sitzungswoche des vergangenen Jahres nahmen die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau und drei weitere Bundestagsabgeordnete die Unterschriftenlisten mit dem Aktionstext »nonpd – NPD-Verbot jetzt!« entgegen.

Am 12.12. um 12 Uhr war es nach langem Hin und Her soweit. Die Kameradinnen und Kameraden der VVN – Bund der Antifaschisten, überwiegend aus dem Berliner Landesverband, zogen mit vielen Kartons voller Unterschriftenlisten vor den Reichstag in Berlin, um den Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Willensäußerung von 175445 Bürgerinnen und Bürgern zu übergeben, endlich etwas gegen die NPD, deren Kameradschaften und die gleich gesinnten Organisationen zu unternehmen. Menschenrechte, Verfassung und Staat gilt es zu schützen!



Die Übergabe der Unterschriften vor dem Bundestag erregte die Aufmerksamkeit von Medien und Passanten.

NPD-Verbot mit ihren Reden. Sie sprachen im Namen der Opfer sowie der Überlebenden und baten die Abgeordneten, alles gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit zu tun. »Wir wollen in Würde in Deutschland leben können, ohne die unerträglichen Aufmärsche einer NPD oder rechter Kameradschaften.«

Niels Annen von der SPD erinnerte bei der Entgegennahme an den diesjährigen Bundesbeschluss seiner Partei, bei der

Unterschriftenkartons von Hand zu Hand in den Deutschen Bundestag hineinreichte.

Abgedrängt, aber doch mitten drin, die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle, Thomas Willms und Juliane Haseloff, die stell-

vertretend für die Beteiligten an der Kampagne sowohl mit berechtigten Stolz, aber auch mit ein wenig Wehmut im Blick zusehen, wie das fleißige Schaffen von ihnen, von den Verbandsmitgliedern der VVN-BdA und den vielen, vielen Verbündeten und Unterstützern der Aktion jetzt auf den richtigen Weg gebracht wurde.

Diese Unterschriften sind Ergebnis einer der größten außerparlamentarischen Aktionen gegen Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Die VVN-BdA dankte allen Beteiligten und Unterstützern der Aktion und hofft auf ein schnelles und verantwortungsbewusstes Handeln der Parlamentarier. **Richard Häslar**



Auf den Stufen des Bundestages: die Unterschriften sind übergeben.

Bilder: Harnisch und Haseloff

Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Petra Pau sowie die Abgeordneten Niels Annen (SPD), Dr. Gesine Löttsch (DIE LINKE) und Dorothee Menzer (DIE LINKE) nahmen die Listen vom VVN-Vorsitzenden Prof. Dr. Heinrich Fink, von Bundessprechern, dem Landesvorsitzenden Hans Coppi und seinen Kammeradinnen und Kameraden der Berliner VVN-BdA entgegen. Überlebende aus den faschistischen Konzentrationslagern, Günter Pappenheim, Gerhard Schramm und Adam König, unterstützten das Anliegen zum

sich die übergroße Mehrheit der Delegierten auf dem Hamburger SPD-Parteitag für ein NPD-Verbot aussprachen. Leider konnte ein zweiter Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Thierse, bei der Übergabe nicht anwesend sein, seine Entschuldigung erreichte die VVN-Bundesgeschäftsstelle rechtzeitig.

Die Presse begehrte Interviews und Fotos, Schaulustige und Besucher drängten neugierig auf der Treppe des Reichstages, um mitzuerleben, wie eine Menschenschlange die vielen

Bundeskongress der VVN-BdA

Höchstes Verbandsorgan tagt 2008 in Berlin

Der VVN-BdA-Bundesausschuss hat in seinen Sitzungen einige wesentliche Beschlüsse für den kommenden Bundeskongress der VVN-BdA getroffen. Er findet am 24. und 25. Mai dieses Jahres in Berlin statt.

Jede Kreisvereinigung oder Basisorganisation kann pro 60 angefangene und abgerechnete Mitglieder eine Delegierte oder einen Dele-

gierten benennen. Anmeldeschluss für diese Delegierten ist der 31. März 2008. Der Einfachheit halber sollten sie schriftlich und möglichst gebündelt über die jeweilige Landesvereinigung an das Bundesbüro gemeldet werden.

Der Delegiertenbeitrag wurde auf 60,- Euro festgelegt. Anträge an den Bundeskongress müssen ebenfalls bis zum 31. März 2008 bei der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sein.

Für Kinder von NS-Opfern

Bundesverband für NS-Verfolgte ändert Satzung

Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte hat in die Vereinssatzung die Sorge um die Belange der Kinder- und Enkelgeneration von NS-Verfolgten aufgenommen.

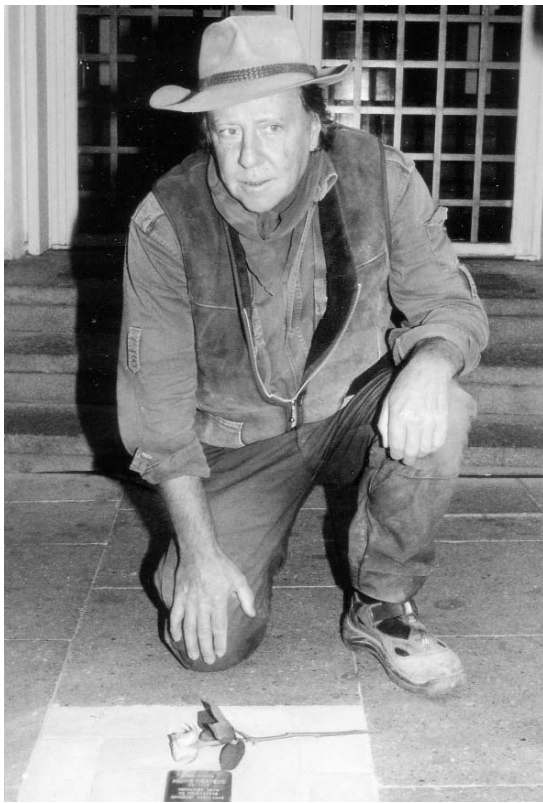
Ein Sprecher der Organisation, in der u.a. die VVN-BdA, Aktion Sühnezeichen, Lagergemeinschaften zusammenwirken, erklärte: »Faktisch gehören diese Belange schon seit längerem zu den Aufga-

benbereichen des Verbandes.«

Weitere Anträge zur Änderung der Satzung fanden nicht die erforderliche Mehrheit. Es wird nun ein Arbeitskreis eingerichtet, der weitere Vorschläge für Satzungsänderungen zur Mitgliederversammlung 2008 erarbeiten wird. Dem Arbeitskreis werden neben zwei Vorstandsmitgliedern auch ein Vertreter des VVN-BdA-Bundesverbandes sowie der ehemalige Kölner Bundestagsabgeordnete und DGB-Vorsitzende Konrad Gilges (SPD) angehören.

Der 2000. Stolperstein für Hamburg

Er ehrt die Schauspielerin Hanne Mertens



Günther Demnig
in Hamburg.
Bild: hjm

Am 19. Oktober 2007 verlegte der Kölner Künstler Gunter Demnig vor dem Hamburger Thalia-Theater einen Stolperstein für die Schauspielerin Hanne Mertens. Es war der zweitausendste Stolperstein in der Stadt. In ganz Deutschland und außerhalb seiner Grenzen (in Österreich und Ungarn) gibt es inzwischen 13 000 Steine mit den zehn mal zehn Zentimeter großen Messingplättchen und der Aufschrift »Hier wohnte...«.

Im Beisein von Kultursenatorin Karin von Welck und Bischöfin Maria Jepsen wurde die Zahl 2000 eine stolze Zahl genannt, aber sie sei auch eine bedrückende Zahl, denn sie zeige, wie groß das Ausmaß der Verfolgung tatsächlich war. Verlesen wurde außerdem ein Kapitel aus den Erinnerungen von Gertrud Meyer, die zusammen mit Hanne Mertens im Gestapogefängnis in Hamburg-Fuhlsbüttel inhaftiert war.

Hanne Mertens wurde 1909 in Magdeburg geboren. Als Schauspielerin stand sie auf Berliner, Düsseldorfer und Münchener Bühnen, bevor sie 1943 ans Thalia-Theater kam. Schon damals stand sie unter Beobachtung der Gestapo, weil sie sich wiederholt kritisch zur Nazizeit und zum Krieg geäußert hatte. Sie fühlte sich offenbar sicher, weil sie mit führenden Nazis befreundet war.

Anfang Januar 1945 sang sie auf einer privaten Feier das Lied: »Es geht alles vorüber, es geht alles vorbei. Erst Adolf Hitler, dann die Partei.« Sie wurde denunziert und von der Gestapo wegen »Wehrkraftzersetzung« in Fuhlsbüttel eingesperrt. Ein Prozess wurde gegen sie erst gar nicht vorbereitet, weil die Nazis wohl das nahe Ende ihrer Herrschaft ahnten. Sie gehörte zu den 71 Häftlingen, die am 20. April 1945 ins KZ Neuengamme transportiert wurden. Zwei Tage später wurden sie dort alle, auch Hanne Mertens, erhängt.
Hans-Joachim Meyer

Podiumsdiskussion: 75. Jahrestag der 'NS-Machtergreifung'

Vor 75 Jahren wurde die Hitler-Regierung eingesetzt, mit Lüge und Terror das Naziregime errichtet. Die VVN-BdA und die Berliner Vereinigung der VdN-BdA e. V. laden ein zu einer Podiumsdiskussion »'Machtergreifung' und Errichtung der NS-Diktatur 1933«.

In Beiträgen und Diskussion soll an die Bedeutung und Tragweite der Ereignisse vor einem Dreivierteljahrhundert erinnert werden. Dabei sind die Krise und Auflösung der Weimarer Republik, hauptsächliche Ursachen und Triebkräfte ihrer Zerstörung sowie Umstände und Gründe des Scheiterns der demokratischen und liberal-pazifi-

stischen Kräfte darzustellen und zu erörtern. Vordringlich erscheint auch die Auseinandersetzung mit dem heutigen konservativ-nationalistischen Geschichtsrevisionismus, der wesentliche historisch-politische Sachverhalte zu verdrängen und zu verfälschen sucht. Mit dem »Diktaturenvergleich« wird die Nazibarbarei seit Jahren nachhaltig relativiert und einer vorwiegend antikommunistisch orientierten Erinnerungskultur und Gedenkstättenpolitik der Weg bereitet. Es gilt, mit der Erinnerung an den frühen Widerstand von 1932/33 der Marginalisierung der Hauptströme des deutschen Antifaschismus und Antimilitarismus entgegenzutreten.

Die Mitwirkenden und ihre Schwerpunkte:

Hans Coppi, Berlin:
Verfolgung und Widerstand nach der Niederlage der Arbeiterparteien

Ludwig Elm, Jena:
Die bürgerlichen Parteien auf dem Weg zum Ermächtigungsgesetz

Heinrich Fink, Berlin:
Die Kirchen und die nazistische 'Machtergreifung'

Stefan Heinz, Berlin:
Gewerkschaften im Spannungsfeld von Anpassung und Widerstand
Moderation: **Christoph Kopke**

**Donnerstag, den 28. Februar, 18 bis 20.30 h,
in den Räumen der VVN-BdA Berlin, Franz-Mehring-Platz 1.**

Ausstellung „Vor aller Augen“

Medienfotos aus NS-Zeit belegen den Terror

In das 75. Jahr nach Beginn der faschistischen Herrschaft in Deutschland startet die Berliner mediengalerie mit der Wanderausstellung der Stiftung Topographie des Terrors »Vor aller Augen. Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz«.

Sie vermittelt ein Bild des alltäglichen faschistischen Terrors, mit dem die Machthaber das Land überzogen. Die Verfolgung, Demütigung und Misshandlung der politischen Gegner, Gewerkschafter und zunehmend der jüdischen Bürger vollzog sich, die Bilder bezeugen es, nicht nur in

den Folterkammern der SS und Gestapo oder in den Lagern. Sie fand »Vor aller Augen« statt – zum Teil unter dem Beifall der Bevölkerung, Wer sehen konnte, der muß es gesehen haben.

Die nun schon 75. Ausstellung der ver.di-mediengalerie wird am 22.1., 18 Uhr, von Prof. Dr. Andreas Nachama, Geschäftsführender Direktor der Topographie des Terrors und Detlef Hensche, letzter Vorsitzender der IG Medien, eröffnet.

H. C.

mediengalerie, Berlin-Kreuzberg, Haus der Buchdrucker, Dudenstraße 10, U-Bahnstation Platz der Luftbrücke

9. Delegiertenkonferenz der VVN Sachsen

Für ein ehrliches Verhältnis zur Geschichte – aus dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes

Die 9. Delegiertenkonferenz der VVN-BdA tagte am 16. Oktober 2007 in Dresden. Sie fand im Jahr des 60. Jahrestages des Bestehens unseres Verbandes statt. Diesem historischen Ereignis war am 31. März im Dresdner Rathaus eine Sonderveranstaltung gewidmet, über die Regina Elsner im Tätigkeitsbericht an die Landesdelegiertenkonferenz berichtete.

Zu der Sonderveranstaltung konnte die VVN-BdA Sachsen ihren Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Heinrich Fink, die Vizepräsidentin des Landtages Regina Schulz, die Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst Dr. Eva-Maria Stange sowie Vertreter von Parteien und Institutionen begrüßen. Anwesend waren auch Vertreter der Bruderorganisationen aus Prag, Gostyn und

Zgorzelec. In seiner Festansprache dankte der sächsische Ehrenvorsitzende Prof. Dr. Hans Lauter allen Kameraden für ihre antifaschistische Arbeit.

Regina Elsner führte weiter aus: Bei der Gründung der VVN wurde zur Grundlage des Handelns der Schwur von Buchenwald, in dem es heißt »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, die Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir den gemordeten Kameraden schuldig.«

Wie weit wir von der Realisierung dieser Zielstellung noch entfernt sind, zeigt die Entwicklung in Deutschland und der Welt. Wir wollen dem Treiben der Neonazis nicht länger tatenlos zusehen. Eine Partei wie die NPD, die sich der gleichen Methoden wie die Hitlerpartei, zum Beispiel Geschichtsfäl-

schung, demagogische Ausnutzung sozialer Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit breiter Bevölkerungsschichten bedient, die demokratische Rechte des Grundgesetzes missbraucht, darf keine Existenzberechtigung haben. Darum unsere Kampagne zum Verbot der NPD. Mit der durch den BdA Leipzig mit hoher Qualität ausgestalteten Veranstaltung begann im Land Sachsen die Unterschriftensammlung. Seitdem wurden tausende Unterschriften gesammelt. Dabei hatten und haben wir Verbündete wie die Gewerkschaften in Görlitz, der IG Metall Zwickau sowie das Bündnis gegen Rechts in Hoyerswerda, um nur einige zu nennen. Grundgedanken der Zusammenarbeit müssen das ehrliche Verhältnis zur Geschichte, wie die ständige Forderung humanistischer, demokratischer Denk- und Verhaltensweisen sein.

Regelmäßig erhält unser Verband Einladungen zur Gedenkfeier des Landtages am 27. Januar, die wir wahrnehmen. Für uns unverstänlich ist, dass anwesende Opfer, Überlebende von Auschwitz und anderen Konzentrationslagern, nicht benannt werden. Es bleibt noch viel zu tun, um den Schwur von Buchenwald mit seinen Prinzipien von Demokratie und Freiheit zum Tragen zu bringen.

Unsere 60-jährigen Erfahrungen belegen: Wir haben uns gegen starke Widerstände behauptet. Gestützt auf Überparteilichkeit und Anerkennung von Religionsfreiheit sind wir Teil einer Menschenrechtsbewegung geworden, die das antifaschistische Erbe lebendig hält und sich für humanistische Lösungen von Gegenwartsproblemen einsetzt. Antifaschismus von heute ist Humanismus in Aktion.

Stolpersteine auch in Chemnitz

Zeichen der Erinnerung vor letztem Wohnsitz der Opfer

In Anwesenheit der Chemnitzer Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig verlegte Gunter Demnig die ersten Stolpersteine in Chemnitz. Seitens des Stadtverbandes Chemnitz des VVN-BdA nahm Klaus Bellmann teil. Die Jüdische Gemeinde Chemnitz, die das wichtige Erinnerungs-Projekt ebenfalls unterstützt, wurde beim Erstverlegungstermin in Chemnitz durch die Gemeindevorsitzende Frau Dr. Ruth Röcher vertreten.



Stolpersteine für Zita Sonder (ermordet 1943 im KZ Auschwitz) und Ludwig Motulski (ermordet 1942 im KZ Belzec) an der Zschopauer Straße 74 in Chemnitz. Bild: VVN-BdA Sachsen

Das Projekt »Stolpersteine« wurde 1993 von dem Kölner Bildhauer Gunter Demnig konzipiert. Die »Steine« sind jeweils 10 x 10 cm groß, aus Beton gegossen und werden mit einer beschrifteten Messingtafel versehen bündig in öffentliche Gehwege eingelassen. Trotzdem heißen sie »Stolpersteine«: Wer sie im Vorübergehen sieht, soll – so Gunter Demnig – im Geiste darüber stolpern, kurz innehalten und die Eingravierung lesen. Unter der Überschrift »Hier

wohnte ...« wird mit einem »Stolperstein« direkt vor dem Wohnhaus eines Opfers ein Stück Geschichte in unser alltägliches Leben zurückgeholt. So sollen »Stolpersteine« ein Zeichen der Erinnerung sein und die Opfer aus der Anonymität herausholen – dort, wo sie gelebt haben. Mit »Stolpersteinen« geehrt werden auf diese besondere Weise Bürgerinnen und Bürger, die Opfer des nationalso-

zialistischen Regimes wurden. Die »Stolpersteine« werden jeweils in den Bürgersteig vor dem Haus eingelassen, wo die zu Ehrenden ihre letzte selbst gewählte Adresse hatten.

In Chemnitz wandte sich im November 2005 der Stadtverband der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes an den Chemnitzer Oberbürgermeister und ergriff damit die Initiative zur Verlegung von

»Stolpersteinen« auch in Chemnitz. Nach der Zustimmung der Mehrheit der Fraktionen im Stadtrat Chemnitz wurde den Initiatoren eine Begleitung der Aktion seitens der Stadtverwaltung zugesagt. Für die Kosten der Aktion kommt der Initiator selbst auf, unterstützt von Sponsoren. In Chemnitz wird das Projekt »Stolpersteine« unterstützt von der Jüdischen Gemeinde Chemnitz, von der Chemnitzer Körperbehindertenschule, von der VVN-BdA, vom Soziokulturellen Zentrum »Querbeet« sowie von Herrn Justin Sonder, der als jüdischer Bürger von Chemnitz in das KZ Auschwitz deportiert wurde und zu den wenigen Überlebenden des Vernichtungslagers gehört.

Redaktion: Karin Jeschke
 Nächster Redaktionsschluss
 Montag, 14. Januar 2008.
 Zuschriften bitte an den
 goldenbogen verlag
 Bärensteiner Str. 30
 01277 Dresden
 Tel.: (03 51) 31 585-0
 Fax: (03 51) 31 585-29
 E-Mail: afa@goldenbogenverlag.de

Frankfurt/Main:
**Solidarität nach
Hetze gegen
Grünen-Politikerin**

Die Auseinandersetzungen um einen geplanten Moscheebau im Frankfurter Stadtteil Hausen haben Erschreckendes ans Tageslicht gebracht. Nicht nur, dass nahezu alle rechtspolitischen bis neofaschistischen Kräfte die Gelegenheit zum Aufmarschieren nutzten, um Einfluss und Geländegewinne zu erzielen.

Noch gravierender ist das Hervorbrechen aggressiver Ablehnung nicht nur in Teilen der Bevölkerung, sondern auch inmitten demokratischer Parteien und Institutionen vor Ort, mitten in der Gesellschaft also. Erst sehr spät, dann aber wenigstens mit eindeutigen Stellungnahmen, stellten sich Stadtparlament und Stadtregierung der Auseinandersetzung um den Moscheebau.

Wenn andererseits zur gleichen Zeit von offizieller Seite immer wieder verkündet wird, dass »islamistische Extremisten die größte Gefahr« seien – wie z.B. von der stellvertretenden Leiterin des hessischen Verfassungsschutzes auf ihrer Vortragsreise –, dann braucht man sich über entsprechende Schlussfolgerungen und Stimmungen in der Bevölkerung nicht zu wundern, weil nicht dafür gesorgt wird, zwischen Islam und Islamisten sorgfältig zu unterscheiden.

Wie notwendig klare Stellungnahmen und entschiedenes Auftreten gegen Fremdenhass, Islamophobie und Stimmungsmache sind, zeigt der Vorfall, dass in Frankfurt die Grünen-Stadtverordnete Nargess Eskandari-Grünberg, eine gebürtige Iranerin, und ihr jüdischer Ehemann zur Zielscheibe einer widerlichen Hetz- und Bedrohungskampagne wurden.

Als Vorwand diente eine Äußerung der Grünen-Politikerin, die sie in einer hitzigen Debatte machte, als sie auf Angriffe gegen angeblich »zu hohe Ausländeranteile

NPD kopiert Nazi-»Winterhilfe«

Anti-Nazi-Koordination: Schöner leben? Ohne Nazis!

Die hessische NPD begeistert sich für die »deutsche Volksgemeinschaft«. Nur für die arisch-reinen Bedürftigen bietet die NPD im Rahmen der von ihr wiederbelebten »Deutschen Winterhilfe« um Spenden.

Die Anti-Nazi-Koordination Frankfurt am Main stellte zu dieser Aktion fest: Ganz wie ihre historischen NS-Vorbilder, nach denen sich die NPD-Spitzenfunktionäre Marcel Wöll oder Jörg Krebs (Frankfurt/Main) inzwischen selber offensiv »Nazis« nennen, unterscheiden sie säuberlich zwischen obdachlosen deutschen Volksgenossen und solchen Mitmenschen, die zufällig mit einer anderen Nationalität auf die Welt gekommen sind.

Sie rufen zum Spenden für die »Winterhilfe« auf, zum Beispiel Kleidung, Zelte (?), Stiefel (?) und Kochgeschirr (?). Die Spendenwilligen werden aufgefordert, diese Utensilien praktischerweise gleich in der NPD-Zentrale in Butzbach abzuliefern. Angeblich sollen sie der Unterstützung »deutscher Obdachloser« dienen, obwohl man angesichts der etwas seltsamen Liste benötigter Gegenstände auch

leicht auf den Gedanken kommt, hier werde für etwas ganz anderes gesammelt.

Rassismus hat Tradition in Deutschland. Wohin das »nationale und sozialistische Projekt« einer deutschen Volksgemeinschaft geführt hat, ist aus der Geschichte bekannt: Mord und Totschlag, »Schutzhaft«, fabrikmäßige Ermordung von Millionen »Artfremder« und »Lebensunwerter«, Krieg und Verwüstung.

Die NPD möchte sich als Stimme der Benachteiligten (natürlich nur sofern sie Deutsche sind) aufspielen. Aber sie hat im Kampf für eine solidarische, gerechte und freie Gesellschaft aller Menschen, die hier leben und arbeiten wollen, nichts zu suchen.

Besser kann es nur werden, wenn die Betroffenen der neoliberalen Politik sich solidarisch und gemeinsam wehren. Dabei spielt die Nationalität überhaupt keine Rolle.

So unterschiedlich die Einsichten, Interessen, Positionen und Wege, die Menschen auf dem Weg zu einer besseren Gesellschaft in diesem Land einschlagen wollen, sein mögen – in einem sollten wir uns deshalb alle einig sein: Schöner leben? Ohne Nazis! **Anti-Nazi-K.**

le« antwortete, dass der Anteil von 40 Prozent Menschen aus Zuwandererfamilien hier nun einmal Tatsache sei und dass derjenige, dem das nicht passe, eben einen anderen Wohnsitz nehmen müsse.

Anti-Islamismus und Antisemitismus gehen Hand in Hand

Aus den Reihen der Gegner von Verständigung, gegenseitigem Respekt und friedlichem Zusammenleben wurde nunmehr eine üble Hasskampagne gegen die Politikerin der Bündnis 90/Die Grünen und ihren Ehemann betrieben. Sie wurden zur Zielscheibe vielfältiger Beschimpfungen und Drohungen.

Zur gleichen Zeit wurde im Stadtteil Eschersheim das Haus eines jüdischen Arztes mit Naziparolen

beschmiert. Beide Vorfälle machen deutlich, dass ungezügelter und unreflektierter Islamisten-Kritik, die zur Stimmungsmache gegen »den Islam« und gegen alle Moslems missbraucht wird, die gleichen Denk- und Vorgehensweisen aufweist wie der Antisemitismus.

Nach dem Ausbruch der Hetzkampagne gegen das Ehepaar Grünberg meldeten sich in Frankfurt nun aber auch die demokratischen Kräfte zu Wort. Binnen kürzester Zeit unterzeichneten über 900 Bürgerinnen und Bürger aus breiten Teilen der Gesellschaft eine Solidaritätserklärung, mit der sie sich gegen die Hetzkampagne wenden und alle demokratischen Kräfte aufrufen, denen entgegenzutreten, die eine solche Hetze gegen Andersdenkende betreiben.

Peter C. Walther

Lüge »Winterhilfswerk«

Im September 1933 entstand das »Winterhilfswerk des Deutschen Volkes«. Aufgrund eines Gesetzes, das die Unterschriften von Adolf Hitler und Josef Goebbels trug, unterstand es ab 1936 dem berüchtigten Reichspropagandaministerium. Sein Ziel war es, die sogenannte deutsche Volksgemeinschaft zu stärken, und zugleich die staatlichen Sozialkosten zu senken. Zur Volksgemeinschaft gehörten selbstverständlich nicht: Juden, Linke, Gewerkschafter, alle, die dem NS-Regime kritisch oder feindlich gegenüberstanden. Die zahllosen Winterhilfs-Sammelaktionen und -abzeichen, die in den Wintermonaten auf die Bevölkerung hernieder rieselten, dienten allein propagandistischen Zwecken. Nie legte das NS-Regime öffentlich Rechenschaft über die gesammelten Millionenbeträge ab, die z.B. durch kostenlose Sonderschichten oder Lohnverzichtaktionen eingefahren wurden.

Horst Stuckmann †

Horst Stuckmann, Pfarrer, VVN-BdA-Präsidiumsmitglied und DFU-Vorständler starb im Alter von 72 Jahren. Sein Leben galt der Veränderung: Vom Krieg zum Frieden, vom Faschismus zur Demokratie, vom Gegeneinander zur Solidarität. Dafür hat Horst gekämpft, gepredigt, gestritten, gelebt. Wir hätten ihn gern noch lange in unserer Mitte gewusst. Wir trauern um ihn und arbeiten in seinem Sinne für eine bessere Welt.

P. Altmann, B. Bromberger, J. Hinzer, O. Jelema, B. Leissing, U. Sander, U. Schneider, H. Trapp, W. van Ooyen, P.C. Walther und viele weitere Freunde und Kameraden.

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

Hessens Weg in den Faschismus

Bürgerliche Kräfte gaben früh den Widerstand auf

Hessen bestand in den dreißiger Jahren aus verschiedenen Landesteilen. Dazu gehörte die preußische Provinz Hessen-Nassau. Hier hatten die Nazis schon früh recht starke Bastionen aufgebaut.

In dem Verwaltungszentrum Kassel war die NSDAP Anfang der dreißiger Jahre in Fraktionsstärke im Stadtparlament vertreten. Berühmt war der Fraktionsvorsitzender Roland Freisler, der spätere furchtbare Jurist des Volksgerichtshofes, der seine Nazikarriere in Kassel begann. Gegen seine provokativen Auftritte im Stadtparlament regte sich teils handfester Widerstand.

Aber die Tatsache, dass die Nazis die parlamentarische Bühne nutzen konnten, war auch ein Zeichen dafür, dass die bürgerlich-demokratischen Kräfte ihren Widerstand aufgegeben hatten. Die einzige Kraft, die sich im Parlament und in der Öffentlichkeit dem aufkommenden Faschismus in der Region entgegenstellte, war die Arbeiterbewegung mit ihren Parteien und Gewerkschaften. Das sichtbarste Zeichen dieser antifaschistischen Kraft war die Einheitskundgebung der 20 000 Menschen im Juni 1932 auf dem Friedrichsplatz in Kassel. Aufgerufen hatten SPD und ADGB, die KPD nahm mit ihren Anhängern und Massenorganisationen gleichberechtigt an der Kundgebung teil. Leider war auch diese Einheitsfront nur von kurzer Dauer, so dass die Organisationen 1933 keinen gemeinsamen Widerstand mehr leisteten.

»Boxheimer« Naziputschpläne

Anders als die preußische Provinz war der Volksstaat Hessen, d.h. Südhessen eine sozialdemokratische Hochburg. Garanten für die antifaschistische Orientierung waren der Hessische Innenminister



Der »Hanauer Anzeiger« meldete die Gleichschaltung der Gewerkschaften.

Wilhelm Leuschner und sein Mitarbeiter Carlo Mierendorff. Sie beide waren im Herbst 1931 entscheidend daran beteiligt, dass ein Putschplan der NSDAP, nämlich die »Boxheimer Dokumente«, öffentlich gemacht werden konnte. Der Assessor am Hessischen Staatsgerichtshof und Justiziar der NSDAP Gau Hessen, Dr. Werner Best, hatte einen Plan für den »Ernstfall« ausgearbeitet, der nichts anderes war, als Putsch gegen die Demokratie. Auch wenn die Weimarer Justiz nach monatelangen Verhandlungen hierin keinen »Hochverrat« sehen konnte, Best wurde vom Reichsgericht entlastet, war für alle Demokraten und Antifaschisten deutlich, dass gemeinsames Handeln gegen Rechts das Gebot der Stunde war.

SA und SS als Hilfspolizei

Nicht zuletzt aus diesem Grunde beriefen Nazigegner den Kampfkongress der »Antifaschistischen Aktion« im Juni 1932 nach Darmstadt ein. Weit mehr als 12.000 Menschen nahmen an einer antifaschistischen Kundgebung mit Ernst Thälmann teil.

Obwohl mit solchen und anderen Aktionen im Jahr 1932 die Antifaschisten ihr politisches Gewicht unter Beweis gestellt hatten, gelang es nicht, den Vormarsch der NSDAP zu verhindern. Im preußischen Hessen-Kassel übernahmen die NSDAP und SA/SS als Hilfspolizei schon im Februar 1933 das politische Regiment.

Im Volksstaat Hessen dauerte es noch bis zum 6. März, zum Tag nach der Reichstagswahl, dass die

politische Macht in die Hände der NSDAP und – zwar von Dr. Werner Best – gelegt wurde, der zum »Sonderkommissar für das hessische Polizeiwesen« ernannt wurde. Damit konnte er seine Vorstellungen, die er bereits in den »Boxheimer Dokumenten« fixiert hatte, in die Tat umsetzen.

Zum 1. Mai 1933 ordnete er die Errichtung eines Konzentrationslagers in Osthofen bei Worms an. Dort sollten alle jene Einwohner Hessens interniert werden, die die Polizei aus politischen Gründen verhaftet und länger als eine Woche festgehalten hatte. Tatsächlich bestand dieses Konzentrationslager jedoch schon seit Anfang März 1933, und die ersten Häftlinge wurden ebenfalls vor der offiziellen Eröffnung eingeliefert. Bereits am 6. März kamen einzelne Häftlinge aus dem Ort Osthofen selbst im KZ an.

Gewerkschaftshäuser besetzt – Juden verfolgt

Auch in den anderen Teilen Hessens etablierte sich die faschistische Herrschaft mit ihrem Terror. In Kassel wurde am 7. März 1933 das Gewerkschaftshaus von SA und SS gestürmt und demoliert, führende Gewerkschafter verhaftet. Bereits vorher waren mehrere Hundert Funktionäre und Mitglieder kommunistischer und sozialistischer Organisationen in »wilden Konzentrationslagern« inhaftiert worden.

Auch der Antisemitismus zeigte schon früh seine brutale Fratze. Nicht erst zum 1. April 1933, dem

(Fortsetzung auf Seite 6)

DGB zur Naziprovokation: Keine Nazis auf dem Römerberg!

Harald Fiedler, Vorsitzender des DGB Rhein-Main und Sprecher des Römerberg-Bündnisses, fordert die Stadt Frankfurt auf, die von NPD und »Republikanern« geplanten Provokationen zurückzuweisen und »alle rechtsstaatlichen Mittel« auszuschöpfen, um den Aufmarsch der NPD am 19. Januar und der »Republikaner« am 20. Januar zu verhindern.

Dass die Neofaschisten ganz gezielt den Frankfurter Römerberg okkupieren wollen, um dessen einzigartigen Symbolwert zu nutzen, darf die Stadt Frankfurt nicht gelassen hinnehmen. Sie muss die provokativen Aufmärsche von NPD und »Republikanern« demonstrativ verbieten, auch wenn – wie zu befürchten – den rechtsradikalen Parteien von den Gerichten erneut grünes Licht gegeben werden sollte. Für diesen Fall fordert das Römer-



berg-Bündnis von der Polizei für die Bürger freien Zugang zum Römerberg, die Antinazikoordination, der auch die VVN angehört, kündigte an, beide Aufmärsche »mit allen Mitteln zu verhindern«. Römerbergbündnis und Antinazikoordination erwägen, den Römerberg an beiden Tagen zu blockieren.

P. A.

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93,
60318 Frankfurt,
Tel. und Fax: (069) 597 0524.

HESSEN

Weg in den Faschismus

(Fortsetzung von Seite 5)

»Bojkott-Aktionstag«, kam es zu antisemitischen Ausschreitungen. Die Hersfelder Zeitung berichtete allein im Februar von drei gewalttätigen Übergriffen gegen jüdische Bürger und Einrichtungen in Hersfeld, Niederaula und Neukirchen. Am 17. März brannten in Schenkengsfeld jüdische Geschäfts- und Wohnhäuser und eine Woche später errichtete die örtliche SA in Eiterfeld auf dem Marktplatz einen symbolischen Galgen für jüdische Einwohner. Ende März wurde der jüdische Rechtsanwalt Plaut durch SA so verprügelt, dass er wenige Tage später an den Folgen der Misshandlung starb. Er war das erste Opfer antisemitischer Pogrome in Hessen.

Die nächsten Stationen des faschistischen Terrors sind bekannt. Am 2. Mai 1933 wurden sämtliche Gewerkschaftshäuser der freien Gewerkschaften gestürmt bzw. besetzt und der ADGB und seine Mitgliedsgewerkschaften verboten. Als Auftakt zur ideologischen Gleichschaltung war die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 be-

Widerstand regte sich trotz alledem

ginnend in den Universitätsstädten Marburg, Gießen, Frankfurt und Darmstadt, später in Kassel und anderen Orten anzusehen. Werke von linken und jüdischen Autoren landeten auf dem Scheiterhaufen. Und einen Monat später, am 15. Juni 1933 folgte für die preußische

Provinz Hessen-Nassau die Errichtung des ersten Konzentrationslagers in Breitenau (Guxhagen bei Kassel).

Die Errichtung dieses Lagers und der faschistische Terror zeig-

ten aber auch: Die Nazis waren sich ihrer Macht in dieser Phase noch lange nicht sicher. Noch gab es für alle erkennbaren Widerstand, die politischen Kräfte der Arbeiterbewegung begannen sich zu re-

strukturieren und Flugblätter, Tarnschriften und andere Propagandamaterialien fanden bereits ihren Weg in die Öffentlichkeit. Der antifaschistische Widerstand lebte. **Ulrich Schneider**

Illegale Tätigkeit begann mit Verfolgung von Arbeitern

Zum Beispiel: Widerstand in Mühlheim

Über Widerstand und illegale Arbeit in der Gemeinde Mühlheim am Main berichtete Adolf Mirkes in dem Buch »Mühlheim unter den Nazis 1933-1945«, das 1983 im Röderberg Verlag erschien:

Unser Naturfreundehaus wurde zum Treffpunkt der zum Widerstand bereiten Männer. Etwa 15 Sozialdemokraten und Kommunisten versammelten sich bis in den Februar 1933 hinein dort jeden Abend. Bartel Hofmann, militärisch ausgebildeter Rotfrontkämpfer und Jakob Krey, Anführer des Reichsbanners und der Eisernen Front in Mühlheim, führten die Gruppe an. Krey versorgte die Gruppe mit einigen Karabinern und Pistolen. In den Nächten wurden die Straßen von Mühlheim von regelmäßigen Wachen kontrolliert. Wir waren uns darüber klar, dass diese Tätigkeit äußerst gefährlich war. Aber wir hielten sie für erforderlich.

Auch der Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 konnte die Gruppe, die zunehmend kommunistisch geworden war,

nicht von ihrer Tätigkeit abhalten, obwohl die Nazis jetzt auch in Mühlheim selbstbewusster auftraten und nun ungestört Versammlungen abhalten konnten.

Nicht wenige Einwohner glaubten an die Behauptung der Nazis, dass der Reichstag von den Kommunisten angesteckt worden sei. Wir, die den Widerstand gegen die Nazis fortsetzen wollten, waren überzeugt davon, dass die Nazis den Brand selbst gelegt hatten. Sozialisten hatten Terror gegen Personen und Sachen als Kampfmittel immer grundsätzlich abgelehnt.

Der Brand war für die Nazis ein willkommener Anlass, jetzt mit allen Mitteln gegen die Arbeiterbewegung vorzugehen. Schon in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar erfolgte die organisierte Verfolgung der Kommunisten und Sozialdemokraten (...)

Nach den Wahlen vom 5. März wurden immer mehr Antifaschisten in die sogenannte Schutzhaft genommen. Für Hessen war dafür das KZ-Lager Osthofen bei Worms eingerichtet worden.

Von da an setzte die eigentliche illegale Tätigkeit unserer

Mühlheimer Gruppe ein. Bevor die Leitungen von SPD und KPD gedrucktes Material aus dem Ausland einschleusen konnten, begann unsere Gruppe mit der Herstellung und Verbreitung antifaschistischer Flugblätter. Als Ort der Herstellung wurde eine Ecke innerhalb des Jüdischen Friedhof in Mühlheim gewählt. Dieser Platz war für diesen Zwecke gut geeignet. Bestattungen waren selten. Die christliche Bevölkerung mied im Allgemeinen diesen Platz. Hauptstraße und Wald waren in unmittelbarer Nähe, um bei Gefahr schnell verschwinden zu können. Wir waren der Meinung, mit der Herstellung von Flugblättern auf dem Jüdischen Friedhof nicht pietätlos zu handeln. Kein Grab wurde in Mitleidschaft gezogen. Die Flugblätter waren einfacher Art. Sie enthielten in wenigen Zeilen die damaligen antifaschistischen Parolen. Geschrieben wurde auf Schablone unter einer Decke in Taschenlampenlicht. Auf einem Handabzuggerät wurden die Flugblätter hergestellt und das Gerät wasserdicht vergraben. Die Texte der Flugblätter wurden von Bartel Hofmann und mir verfasst.

HAMBURG

Januar und Februar 2008: Termine der VVN-BdA Hamburg

Sonntag, 19. Januar

Landesdelegiertenkonferenz

Auf der LDK wird es vor allem um die Hamburger Bürgerschaftswahlen gehen, an denen sich auch die DVU beteiligt. Wir diskutieren unsere Forderungen für ein antifaschistisches Hamburg. Interessierte sind herzlich willkommen.

11 bis 17 Uhr,
Doormannsweg 12,
Hamburg-Haus, Kleiner Saal

Sonntag, 27. Januar

Antifa-Filmreihe:

»Im Schatten des Holocaust«
D 1994

Regie: Heike Mundzeck
50 Jahre nach dem Holocaust

berichten Kinder von Opfern und Kinder von Tätern, mittlerweile selbst erwachsen, was es für sie bedeutet, im Schatten einer unbewältigten Vergangenheit aufzuwachsen.
17 Uhr,
Metropolis-Kino

Samstag, 23. Februar

Gedenkkundgebung
Weiße Rose

11 Uhr, Volksdorf,
Mahnmal Weiße Rose

Sonntag, 24. Februar

Antifa-Filmreihe:

»Kämpfer«

D/SU 1936

Regie: Gustav v. Wangenheim
Zwei Handlungsstränge werden im Film parallel gezeigt: Einerseits wird der Prozess gegen Dimitroff aufgerollt, andererseits der Widerstand der Arbeiter gegen die Faschisten portraitiert.

17 Uhr,
Metropolis-Kino

Die Mörder sind unter uns

Verurteilter Kriegsverbrecher wurde aufgespürt

Rund 40 Menschen aus Hamburg beteiligten sich an einer Kundgebung im noblen Stadtteil Volksdorf gegen die »unverdiente Ruhe« für den Kriegsverbrecher Gerhard Sommer.

In zwölf deutschen Orten lebt ein Teil der Kriegsverbrecher, welche zwar in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt wurden, die aber Dank der deutschen Justiz bisher trotzdem ein beschauliches Leben führen konnten. Die gilt auch für den ranghöchsten und in Hamburg lebenden Kommandeur der 16. SS-Panzer Grenadier-Division Reichsführer SS«, Gerhard Sommer. Der ehemalige SS-Untersturmführer wurde im Juni 2005 in Italien wegen Mordes an 560 Zivilisten in den Bergdorf Sant'Anna di Stazzezza, darunter 120 Kinder, zu lebenslanger Haft verurteilt. Sein Revisionsantrag wurde am 6. November dieses Jahres abgelehnt. Da Deutschland rechtskräftig verurteilte Mörder selbst in das EU-Ausland nicht ausliefert, ermittelt die Staatsanwaltschaft Stuttgart seit mehreren Jahren gegen Gerhard Sommer und weitere Kriegsverbrecher.

Nüchtern betrachtet müssen diese Ermittlungen jedoch eher als gezielte Verzögerung betrachtet werden. »Bislang wurde in Deutschland gegen keinen der Täter Anklage erhoben«, sagte Martin Klingner, Rechtsanwalt und Sprecher des Arbeitskreises Distomo. Die deutsche Justiz setzt offenbar auf eine »biologische Lösung« für die noch lebenden Kriegsverbrecher aus Wehrmacht und SS, welche in ihren Heimatorten ein ganz alltägliches Leben als »netter Opa von nebenan« führen. In Volksdorf ist dieses Image von Gerhard Sommer jedoch durch wiederholte öffentliche Aktionen angekratzt. Die Leute aus dem Stadtteil wissen zumindest, dass sie mit einem rechtskräftig verurteilten Massenmörder zusammen leben. Es gibt keinen Grund, die Täter für ihre Morde heute nicht mehr zur Rechenschaft zu ziehen. Reue ist für die meisten von ihnen ohnehin ein unbekanntes Wort. Gerhard Sommer zum Bei-



Der Arbeitskreis Distomo und die VVN-BdA demonstrieren in Volksdorf. Unter dem Motto »Die Mörder sind unter uns« fand die Kampagne auch in elf weiteren Städten in Deutschland und Österreich statt. Bild: VVN-BdA

spiel beteuerte gegenüber dem Fernsehen, er habe ein »absolut reines Gewissen.«

Am Umgang mit der Vergangenheit entscheidet sich die Frage, auf welchen Werten sich eine Gesellschaft gründet. Wenn massenhaft Verbrechen bewusst verdrängt, Mörder gezielt nicht zur Verantwortung gezogen, sondern als »eh-

renwerte Bürger« angesehen werden, gibt es keinen Grund, sich über Gewaltexzesse wie in Mügeln zu wundern. Im August 2007 wurden dort Menschen indischer Herkunft vom Mob durchs Dorf gejagt. Warum die Polizei erst sehr spät einschritt, kann sich heute angeblich niemand erklären. **wos**

Demo erinnert an Deportationen

Gedenken auch an Helfer der Juden

Rund 100 Menschen gedachten am 25. Oktober an die erste große Deportation jüdischer Menschen aus Hamburg. 1941 wurden 1034 Menschen am ehemaligen Hannoverischen Bahnhof in einen Zug gepresst und nach Litzmannstadt (Lodz) deportiert. Nur 18 Menschen aus diesem Transport überlebten. Dieser Deportationszug war der erste von vielen.

Zum Auftakt des demonstrativen Rundganges berichtete die Zeitzeugin und Kameradin Steffi Wittenberg auf der Moorweide über das Schicksal ihrer Familie, ihrer Schulkameradinnen und Kameraden, der Mitbewohner im Haus, ihrer Tanten und ihres Onkels. »Mir

ist es wichtig, auch an dieser Stelle an die Opposition in der Nazizeit zu erinnern, die zum Teil unter Einsatz ihres Lebens dem Faschismus die Stirn bot, die nicht mitmachte, die Widerstand leistete. Wir wollen den Antifaschismus und den Anstand der Menschen, die den Opfern halfen, auch heute in Ehren halten.« Die von der Arbeitsgruppe »11 000 Kinder« geplante Ausstellung gehöre in den Hamburger Hauptbahnhof, findet Steffi Wittenberg: »Sie muss an einem Ort zu besichtigen sein, der täglich Tausende Fahrgäste und Besucher zählt – nicht nur zur Erinnerung an die NS-Verbrechen, sondern besonders auch als Aufforderung zum Handeln, wenn Menschenrechte und Menschenwürde verletzt werden.« **W. S.**

Veranstaltung der VN am 30. Januar 2008:

Erinnern für die Zukunft

Am 30. Januar 1933 legte der greise Militarist und Reichspräsident Hindenburg auf Drängen wesentlicher Repräsentanten der deutschen Wirtschaft die Macht in die Hände der Nazis, indem er Hitler mit der Bildung einer Regierung beauftragte. Wenige erinnern sich heute daran, dass die Mehrzahl der Minister in diesem ersten Kabinett mehrheitlich nicht Nazis, sondern deutsch-nationale Konservative waren. Die Berührungsgänge nach Rechts waren bei weitem geringer als der gemeinsame Hass gegenüber allem, was als »undeutsch« galt.

In der ersten Nacht, die der Machtübertragung folgte, wurden Tausende verhaftet. Die Terrorherrschaft hatte begonnen.

Mit einer politisch-kulturellen Veranstaltung wollen wir erinnern und unserer Forderung nach dem Verbot der NPD Ausdruck verleihen. Wir wollen im Hamburger Wahlkampf auch einen Beitrag dazu leisten, dass es für die DVU und ihren Partner im »Deutschland-Pakt«, die NPD, auch am 24. Februar in Hamburg heißt: Wir müssen draußen bleiben!

**30. Januar 1933 – 30. Januar 2008
Erinnern für die Zukunft:
NPD-Verbot jetzt! Keine Nazis in die Parlamente!**

Mit dabei Rolf Becker, die Gruppe Rotdorn, Moderation: Conni Kerth.

**Mittwoch, 30. Januar 2008, 19.30 Uhr,
Bühne im Bürgerhaus Altona Nord, Gefionstraße 3
(hinter der »Neuen Flora« an der S-Bahnhaltestelle Hostenstraße)**

Schrift gegen fehlendes Unrechtsbewusstsein

Wie die Leidenschaft Reporter macht: Günther Schwarbergs Lebenserinnerungen

Für Weihnachten kommt dieser Büchertipp zu spät, doch irgendwann ist wieder Zeit für einen Neukauf oder ein Geschenk. Lesenswert ist Günther Schwarberg neues Buch, das er mit seiner Jugend in der Nazizeit beginnen lässt.

Als junger Mann steht Günther unter dem Einfluss seines Vaters, der ein Gegner der Nationalsozialisten war. Den ungeliebten Krieg überstand er unverletzt. Der 8. Mai war für ihn ein Glückstag.

Als Journalist spürte er nach 1945 den Werdegang vieler NS-Täter in der Bundesrepublik Deutschland nach, die mit kleinen Strafen oder ungeschoren davon kamen und Karriere machen konnten. Ihre Einzelfälle verbindet Schwarberg mit dem Schicksalen der Opfer, der Juden sowie der Widerstandskämpfer.

Von der Ermordung der jüdischen Kinder am Bullenhuser Damm haben viele durch Günther Schwarberg erfahren. Nun nimmt er uns mit auf seine Reise nach Spanien, wo er den Spuren von Kämpfern in den internationalen Brigaden gegen Franco nachgegangen ist. Ein anderes Kapitel handelt von der Reise Günther Schwarbergs nach Stalingrad, 40 Jahre nach dem Sieg der Roten Armee. Die Frage eines jungen russischen jungen Bauern beeindruckt mich: »Erklären Sie mir, was man eigentlich von uns will, mit den Raketen, die auf uns gerichtet sind. Wir wollen nichts von euch, außer Frieden, wir haben auch damals nichts gewollt und ihr habt uns überfallen. Sollen wir wieder überfallen werden?« Noch einmal wird uns das Massaker der SS-Division »Das Reich« in Oradour des Jahres 1944 vor Augen geführt, das

642 Menschenleben, darunter Frauen und Kinder forderte. In der DDR wurde einer der Mittäter, der SS-Obersturmbannführer Heinz Barth, zu lebenslänglicher Haft verurteilt. In der Bundesrepublik Deutschland wurde keiner der Mörder bestraft.

Als ich das Buch las, durchzog mich der Gedanke, dass sich vielleicht aus dem sanften Umgang der bundesrepublikanischen Gerichte mit Naziverbrechern erklären lässt, warum es noch heute so schwierig ist in diesem Lande, das Verbot der Nachfolgepartei der NSDAP, wie die NPD durchzusetzen.

Tillmann Bendikowski hält das Buch in »DIE ZEIT« immer dann für besonders lesenswert, »wenn Schwarberg die Nachgeschichte des 'Dritten Reiches' aufgreift, wenn er – noch immer leidenschaftlich und wütend – die Verlogenheit und das fehlende Unrechtsbewusstsein der

Mörder anprangert«. Geeignet sei das Buch für alle, die an einem anderen Blick auf die Entwicklung der Bonner Republik interessiert sind und für junge Journalisten, die etwas über die Geschichte ihres Berufstandes erfahren wollen – »aber vor allem darüber, wie erst die Leidenschaft Reporter macht«.

Steffi Wittenberg



Günther Schwarberg: Das vergess ich nie. Erinnerungen aus einem Reporterleben. Steidl Verlag Göttingen 2007, 416 Seiten, 19 Euro 90.

VVN-Nordkonferenz geht ins siebte Jahr

Soziale Demagogie und Friedensrhetorik der Nazis werden entlarvt

Vom 15. bis 17. Februar treffen sich Mitglieder und Freunde aus Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und dem niedersächsischen Stade in Heideruh in der Lüneburger Heide.

Der inhaltliche Schwerpunkt der zweitägigen Tagung liegt diesmal auf dem Versuch einer historischen Einordnung des deutschen Faschismus und einem Brückenschlag zur heutigen politischen Situation.

Die Konferenz eröffnet Fabian Virchow, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Konfliktzentrum der Philippsuniversität Marburg, am Samstag Vormittag mit seinem Referat »Antimilitarismus der Neonazis«. In seinem Buch »Gegen den Zivilismus« hat Virchow umfangreiche Quellentexte rekonstruiert und darin grundlegende Ideologeme der extremen Rechten analysiert, insbesondere in den Fel-

dern der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik. An Hand zahlreicher Beispiele zeigt er, wie die Rechtsextremen mit ihrer »Friedensrhetorik« in Wirklichkeit ein völkisch ausgerichtetes und mit umfassenden Gewaltmitteln ausgestattetes Großdeutschland anstreben.

Am Sonntag Mittag endet die Veranstaltung mit einem Forum zur Funktion sozialer Demagogie moderner Nazis. Wolfram Siede (VVN-BdA Hamburg) führt in die Thematik ein und moderiert die Diskussion. Dazwischen, am Samstag Nachmittag, freuen wir uns, den renommierten Faschismusexperten Prof. Kurt Pätzold als Referenten anzukündigen. Zudem verbleibt immer noch Zeit für das Kennenlernen und das Wiedersehen von Mitgliedern, Freunden und Antifas aus den nördlichen Bundesländern.

Vor dem Hintergrund einer einseitigen Fokussierung des Siegs des Faschismus auf das Versagen

der Arbeiterbewegung und die Rolle des historischen Rechts-Links-Konfliktes wird Prof. Kurt Pätzold die wesentlichen historischen Ursachen des Faschismus in ihrem Zusammenwirken bewerten und nicht zuletzt die Rolle der deutschen Wirtschaft bei der Etablierung der Nazi Herrschaft thematisieren. Erst kürzlich hat Kurt Pätzold in verschiedenen Artikeln erneut darauf verwiesen, dass bereits im Herbst 1932 einflussreiche Kreise der deutschen Wirtschaft eine Militärdiktatur in Deutschland anstreben und Hitler hierfür als geeigneten Diktator im Auge hatten.

Welche Rolle spielte dabei die Weimarer Republik? Wie haben die Schwäche der Demokratie, die Notverordnungspraxis, die Untätigkeit der Polizei, das Versagen der Justiz und schließlich eine ausgeprägte Autoritätsgläubigkeit der Bürger in der jungen Republik die legale Machtergreifung der Nazis beeinflusst? Fragen, die uns auch

heute noch zu denken geben sollten angesichts der Versuche der neuen Nazis, die Demokratie für die Verbreitung ihrer Ideologie zu nutzen und gleichzeitig den Schutz der Demokratie für sich in Anspruch zu nehmen, um letztlich aber den demokratischen Staat abzuschaffen. Das verkünden mittlerweile führende Neonazis, wie der NPD-Fraktionschef im Schweriner Landtag Udo Pastörs, in aller Öffentlichkeit.

**Dr. Axel Holz
VVN-BdA Schwerin**

Anmeldung und Informationen zur Nordkonferenz bei Axel Holz, Telefon (0385) 785 1122. Aus Schwerin fährt am 15. Februar ein Kleinbus nach Heideruh. So werden nur Kosten für Unterkunft und Verpflegung fällig.

Redaktion: W. Siede
Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg,
Tel.: (0 40) 31 42 54
E-Mail: vn-bda.hh@t-online.de

Der Wink mit der Rute

Erfreuliches und Widersprüchliches aus Nordbayern

Nazi-Aktivitäten in Nordbayern haben in den letzten Monaten spürbar zugenommen. Zugleich entwickelt sich breiter Widerstand. Wunsiedel und Gräfenberg, aber auch diverse Ereignisse in Nürnberg und anderswo sind Beispiele dafür. Auf kommunaler Ebene wird über politische Grenzen hinweg demokratische Gegenwehr organisiert, bayernweit finden Vernetzungen statt.

So trafen sich unlängst in Wunsiedel Bürgermeister, kommunale Parlamentarier und Verwaltungskräfte aus rund 70 Gemeinden, um mit Vertretern von regionalen und überregionalen Initiativen gegen Rechtsextremismus das weitere Vorgehen gegen Nazi-Provokationen zu beraten. Am 8. Dezember zeigten dann 17 Bürgermeister aus nahezu allen bedeutenden Orten der Fränkischen Schweiz demonstrativ über Parteigrenzen hinweg Flagge. Oder besser gesagt: Rute. Mit diesem Werkzeug in der Hand demonstrierten sie in roten Nikolausmänteln in Gräfenberg gegen die dortigen rechtsradikalen Aufmärsche. Nikolausbärte waren von der Einsatzleitung der Polizei wegen »Vermummung« untersagt worden. Unter dem Motto »Nikolaus schmeißt Nazis raus!« stellten sich die Gemeindeoberhäupter gemeinsam mit den Gräfenberger Bürgerinnen und Bürgern rund 60 Neofaschisten entgegen.

Zum siebzehnten Mal innerhalb eines Jahres versuchten Rechtsextremisten, mit einem Aufmarsch in Gräfenberg zu erzwingen, dass ein altes Kriegerdenkmal am Stadtrand gegen den Widerstand der ortsansässigen Bevölkerung zu einer Kultstätte für Neonazis umfunktioniert wird. Wieder einmal



Fränkische Bürgermeister als Anti-Nazi-Nikoläuse in Gräfenberg. Foto: N.F.

vergebens.

Auf den Nazi-Transparenten standen die altbekannten Parolen – auffällig und beängstigend war aber der Anteil von ganz jungen Mitläufern im braunen Pulk. Zunehmend wird deutlich: Es geht den Neofaschisten nicht mehr in erster Linie um einen möglichen Denkmalszugang, sondern um blanken Terror gegen die Gräfenberger Bürgerinnen und Bürger. Haben diese mit ihrem Widerstand ihnen doch inzwischen eine Schlappe nach der anderen beigebracht.

Verbrecherbande oder Amtshelfer?

Am Beispiel Gräfenberg scheinen Alt- und Neofaschisten außerdem austesten zu wollen, wie rechte Ideologien bei den kommenden Wahlen im ländlichen Raum einsetzbar sind. Umso wichtiger war deshalb die Parteien übergreifende öffentliche Antwort der fränkischen Bürgermeister: Nazis unerwünscht!

Ein erfreuliches Beispiel. Ebenso erfreulich ist es, dass die Nürnberger Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen gegen den Liedermacher Konstantin Wecker eingestellt hat. Dieser war von der NPD wegen Beleidigung angezeigt worden, weil er bei einem Konzert in

Erlangen die Besucher aufgefordert hatte, den Satz: »Die NPD ist braunes Pack und eine Verbrecherbande« mit ihm im Chor aufzusagen. Eingestellt wurden die Ermittlungen auch gegen jene, die Weckers Aufforderung folgten. Wie bereits vorher das Verfahren gegen den Vorsitzender der Israelitischen Kultusgemeinde in Nürnberg, den SPD-Stadtrat Arno Hamburger: Gegen ihn hatten die Nazis ursprünglich Anzeige erstattet, weil er als erster die NPD so trefflich charakterisiert hatte. Wecker ver-

stand seinen Aufruf in Erlangen als Solidaritätsakt mit dem Überlebenden des Holocaust.

So viel zum Positiven aus Franken. Es gibt aber aus der Heimat des neuen bayerischen Ministerpräsidenten auch Unerfreuliches zu berichten. Unter der Überschrift »Die braunen Helfer der Polizei« machte die Süddeutsche Zeitung einen Skandal öffentlich: »Die bayerische Polizei nutzt Internetseiten von Neonazis für Ermittlungen gegen Personen aus dem linken Milieu. Dies bestätigte ein Sprecher des Polizeipräsidiums Nürnberg (...).« Bei einer »Täterermittlung« wurden einer Frau, die linke Demonstranten angezeigt hatte, von der Polizei Fotos aus der rechtsextremen Internetseite »Anti-Antifa.net« vorgelegt.

Es ist allgemein bekannt, dass Neofaschisten mit »Anti-Antifa«-Listen Menschen an den Pranger stellen und ihre gewalttätige Anhängerschaft zu Übergriffen, Mord und Totschlag animieren. Auf den erwähnten braunen Steckbrief-Seiten im Internet finden sich laut SZ die Daten von »derzeit zirka 200 Personen, darunter der Bürgermeister der Stadt Gräfenberg«. Aus diesem illegalen neofaschistischen Datenfundus bediente sich also –

(Fortsetzung auf Seite 9)

Einladung nach Gräfenberg: Nordbayrische Regionalkonferenz

Die Konferenz soll

- ▼ der Bestandsaufnahme von Naziaktivitäten und Strukturen in Nordbayern dienen
- ▼ die Erfahrungen der demokratischen Gegenbewegung zusammentragen, bewerten und Möglichkeiten der Vernetzung diskutieren
- ▼ den Platz der VVN-BdA in und zu Bündnissen bestimmen und das Verhältnis von Bündnisarbeit und selbständigen Aktivitäten beraten.
- ▼ Erfahrungen aus kommunalen Aktivitäten gegen die Nazis sammeln und daraus Forderungen ziehen.
- ▼ einen Beitrag zu den Kommunalwahlkämpfen und zur inhaltlichen Vorbereitung der Landesdelegiertenkonferenz leisten.

Samstag, 26. Januar 2008, von 10 bis 18 Uhr
in der Pizzeria Peluso, Marktplatz 1a in 91322 Gräfenberg

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit der bayerischen VVN-BdA.

Unser Konto: VVN-BdA Bayern
Nr. 10532-807, Postbank
München, BLZ 700 100 80.

Preisgekrönter Schülerfilm
Spuren eines
Todesmarsches

Zwei 14-jährige Schüler haben den Todesmarsch Tausender Häftlinge Ende April 1945 vom KZ Dachau durchs bayerische Oberland nach Tirol in einem Film dokumentiert und dafür den ersten Preis des Oberbayerischen Jugendfilmfests in Murnau gewonnen.

Maxim Schunewitsch (Garmisch-Partenkirchen) und Florian Schmeidel (Oberau) sind den Todesmarschspuren zwischen Garmisch und Mittenwald nachgegangen. Sechs Monate haben sie in ihr Projekt investiert, sind die Marschstrecken mit der Kamera abgefahren, haben mit Zeitzeugen gesprochen. Ihr 30 Minuten langer Farbfilm »Die Zugfahrt« wurde von einer fünfköpfigen Jury unter 30 eingereichten Beiträgen als bester ausgewählt. Im nächsten Sommer können die beiden Schüler mit ihrem Film am bayernweiten »JuFinale« in Würzburg teilnehmen.

Die Jury hat den Film als »fundiert und eindringlich« gelobt. Er sei mit viel »Fingerspitzengefühl« gemacht, dabei »nie belehrend« und basiere auf »akribischer Recherche«. Ein paar »handwerkliche Fehler« der jungen Filmher, so die Jury, machten den Streifen »um so sympathischer«.

-ele-

Der Wink mit der Rute
(Fortsetzung von Seite 9)

wie der Zeitung gegenüber zugegeben wurde – die bayerische Polizei bei »Täterermittlungen« gegen links.

Trotz einer Reihe von Protesten gegen diese Praxis – unter anderem von NS-Verfolgten, Landtags-SPD und -Grünen und des bayerischen Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei – war bisher von einer Distanzierung der Bayerischen Staatsregierung oder der zuständigen Polizeibehörden von dieser haarsträubenden Art der »Amtshilfe« nichts zu hören. **gpi/kbe/ea**

Stets aktiv für den Frieden

Abschied von Maxi Besold und Marion Lehmicke

Zum Jahresende 2007 musste die VVN-BdA Bayern Abschied von zwei Kameradinnen nehmen, die über Jahrzehnte hinweg nach Kräften aktiv waren für eine Welt des Friedens und der Freiheit, eine Welt ohne Faschismus und Krieg.

Maxi Besold

Am 27. November verstarb, 86 Jahre alt, Maxi Besold. Faschismus und Krieg musste sie am eigenen Leibe erleben. Renitent und widerständig überstand sie die NS-Zeit und engagierte sich danach bald gegen Wiederbewaffnung, Atomrüstung und soziale Ungerechtigkeit. Das Schicksal der von den Na-



zis Verfolgten ging ihr besonders nahe, auch durch ihre berufliche Tätigkeit im Landesentschädigungsamt für politisch und rassisch Verfolgte.

Später dann, als Rentnerin, profilierte sich Maxi immer mehr als Geschichtsforscherin und Initiatorin von Projekten und Ausstellungen. Sie war Mitbegründerin des Archivs der Münchner Arbeiterbewegung, organisierte in ihrem Heimatort Unterhaching eine Ausstel-

lung über die Lebenswege der antifaschistischen Widerstandskämpfer, nach denen Straßen der Gemeinde benannt wurden, weckte mit weiteren Ausstellungen in München und andernorts das Interesse von Jüngeren an der von ihr hoch verehrten Rosa Luxemburg und half mit, die italienische »Partigiani«-Schau nach Bayern zu bringen.

Bis sie, am Schluss schwer erkrankt, nicht mehr konnte, war Maxi – parteipolitisch der SPD in kritischer Treue verbunden – bei beinahe jeder Demonstration dabei, egal ob es gegen NATO-Konferenzen, Bundeswehreinsätze im Ausland, Sozialabbau oder alte und neue Nazis ging. Und sie stellte sich da noch als 80jährige gemeinsam mit ihrem Mann Hans auch schon mal den Polizisten entgegen, wenn diese rüde gegen junge Demonstranten vorgehen wollten. Hartnäckig und heiter vertrat Maxi Besold so stets ihre und unser aller Sache.

Marion Lehmicke

Nur 60 Jahre alt wurde Marion Lehmicke, die am 5. Dezember viel zu früh verstarb. Ihre letzten Lebensjahre waren überschattet von einer schweren Krebskrankheit. Sie gehörte zu den in den 60er-Jahren politisierten jungen Menschen, die ihren Weg in die Reihen der zum Bund der Antifaschisten erweiterten VVN nicht zuletzt über die Auseinandersetzung mit der eigenen Elterngeneration fanden. So auch Marion als Tochter eines Offiziers der Naziwehrmacht, die über die Gewerkschaftsjugend zur politischen Linken kam und sich dann ab Ende der 70er-Jahre zu-

nehmend für Antifaschismus und Friedenspolitik engagierte.

Sie machte das in verschiedenen Funktionen, vor allem aber weit über ein Jahrzehnt lang als bayerische Landesgeschäftsführerin der



VVN-BdA, deren Profil sie maßgeblich prägte. Daneben gehörte Marion zu den nimmermüden Organisatorinnen und Initiatorinnen der Friedensbewegung in Bayern und auf Bundesebene, ohne deren Tatkraft es nicht möglich gewesen wäre, den Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen gegen Hochrüstung, für Frieden und Völkerverständigung in der alten Bundesrepublik die damalige massenhafte Resonanz zu verschaffen.

Bis zuletzt streitbar, war Marion nicht immer eine bequeme Kampfgefährtin. Wohl aber war sie eine, die mit ihren Anregungen und ihrer Kritik half, der Arbeit der VVN-BdA und der Friedensbewegung auch in den Jahren nach den großen Veränderungen im Weltgefüge und deren politischen und organisatorischen Auswirkungen auf unser aller Engagement neue Impulse zu geben.

Wir behalten Maxi und Marion im Herzen.

Wir gratulieren ...

... allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie alle aufzuführen, würde den Rahmen der **antifa** sprengen. Stellvertretend seien daher hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben – und alle über 80.

Herzlichen Glückwunsch!

Januar: Lina Haag, München, 101 Jahre; Anni Aechter, Augsburg, 96 Jahre; Hilde Kaim, Bamberg, 85 Jahre; Herta Brich, Weiden, 84 Jahre; Hilde Prockl, München, 83 Jahre; Paula Baumeister, Wassertrüdingen, 82 Jahre; Dr. Günter Hartmann, Würzburg, 70 Jahre.

Februar: Anton Freiberger, Otto

brunn, 94 Jahre; Hans Koller, München, 81 Jahre; Richard Forward, München, 70 Jahre; Fred Schmid, München, 70 Jahre; Manfred Engelhardt, Schwarzenbach, 65 Jahre; Dr. Helmut Sörgel, Nürnberg, 65 Jahre; Peter Baumann, Kist, 60 Jahre; Rudolf Bleul, Nürnberg, 60 Jahre; Frank Leibig, Neumarkt, 60 Jahre.

Redaktion: Ernst Antoni

IG Metall sammelt für nonpd

Stark beachtete Aktion der Wolfsburger Gewerkschafter

Mehr als 10 000 Unterschriften für einen neuen NPD-Verbotsantrag hat die IG Metall Wolfsburg in den letzten Monaten über die Vertrauenskörperlleitung im VW-Werk, auf ihrem großen Sommerfest in der Fußgängerzone, an Infoständen und bei Veranstaltungen gesammelt. Das ist die größte Beteiligung im Vergleich aller Städte in Deutschland.

Die IG Metall hatte sich einiges einfallen lassen: So hatte sie z.B. die nonpd-T-Shirts zusätzlich mit dem IGM-Logo bedrucken oder für das Sommerfest nonpd-Luftballons produzieren lassen. Sie wurden Groß und Klein überreicht und stiegen wirkungsvoll in den Himmel.

Bei der von der örtlichen Presse begleiteten offiziellen Übergabe der Unterschriften durch den 1. Bevollmächtigten der IG Metall Wolfsburg, Frank Patta, an Thomas Willms, Bundesgeschäftsführer der VVN-BdA, waren auch weitere aktive IG Metalller und die Landessprecherin der VVN/BdA Niedersachsen, Mechthild Hartung, anwesend. Patta, der u.a. einen »Schulterschluss der Wolfsburger Demokraten« gegen Rechts organ-



IG Metalller sammeln Unterschriften gegen die NPD – sie halten das Transparent der VVN-BdA; von links nach rechts: Joachim Fähmann, Thomas Willms, Frank Patta, Mechthild Hartung und Dirk Schulz. Bild: IGM

nisiert hat, sagte: »Es ist ein Erfolg, dass die NPD in Wolfsburg bis heute kein Forum gefunden hat. Es reicht aber auch nicht die NPD zu verbieten. Man muss sich um die Menschen kümmern, die sich als Verlierer des Neo-Liberalismus in unserem Land sehen.«

Dem stimmte Mechthild Hartung uneingeschränkt zu. Zusätzlich forderte sie mehr ernst ge-

meintes Engagement der politischen Verantwortlichen: »Mit unseren Steuergeldern finanziert der Staat die rassistische, undemokratische NPD – mit 1,2 Millionen Euro jährlich. Das ist ein Skandal!« Patta fügte hinzu: »Es kann nicht sein, dass eine Partei, die diesen Staat abschaffen will, auch noch Geld für ihr radikales Ansinnen bekommt!«

M. H.

Hameln

Landtagswahl 2008: Für Neonazis keinen Zutritt!

Am 27. Januar wird in Niedersachsen ein neuer Landtag gewählt. Die Republikaner haben auf die Aufstellung einer Landesliste verzichtet. Die NPD kandidiert mit einer Landesliste.

Auf Platz 2 der NPD-Landesliste dabei: Der Hamelner Altstadt-Juwelier Werner Graf von der Schulenburg. Schulenburg tritt auch als Direktkandidat in Salzgitter an. Allerdings schaffte es die NPD »nur« in 42 von 87 Wahlkreisen, die notwendigen Unterstützungsunterschriften zu sammeln, um damit kandidieren zu können. Gescheitert sind u.a. Thomas Neufeld aus Aerzen und der selbständige Garten- und Landschaftsbauer Christian Horn aus Bad Münder.

Die VVN-BdA Hameln informiert über die NPD, ihre Strategie und ihre Handlanger auf einer Veranstaltung der Antifaschistischen Aktion Hameln Pyrmont in Kooperation mit der Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen.

M. A. H.

Wann? Am Donnerstag, 17. Januar 2008, 19.00 Uhr. Wo? In der Sumpflume. Neonazis ist der Zutritt nicht gestattet. Thema: Die NPD bei den Landtagswahlen am 27. Januar.

BAYERN

Schlitten fahren

soll Ernst Grube wohl mit den alten und neuen Nazis und allem, was sich sonst noch einer Entwicklung zu einer toleranten, gerechten und friedlichen Welt in den Weg stellt. Die Freundinnen und Freunde vom Kreisjugendring München haben dem bayerischen VVN-Landessprecher deshalb zum 75. Geburtstag das entsprechende Gefährt geschenkt. In rot, versteht sich.

Das passte nicht schlecht zum Themenschwerpunkt der Geburtstagsfeier im Dezember in der Münchner Seidlvilla, zu der über 100 Gratulan-



tinnen und Gratulanten aus unterschiedlichsten politischen »Zusammenhängen« gekommen waren. Ging es doch – in einem Filmbeitrag und anschließend in einem Spontanvortrag des Jubilars – um die Zeit des Kalten Krieges und die Kommunistenverfolgungen in der BRD, von der auch Ernst Grube als junger Mann betroffen war.

Das war für manche der jüngeren Anwesenden, die Ernst bisher vor allem als jüdischen KZ-Überlebenden und Zeitzeugen über die NS-Verfolgung kennen gelernt hatten, politisch-historisches »Neuland«.

Bild: Antoni

Artikel für die **antifa**-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de. Bitte diese Adresse nur für Artikel für diese Seite nutzen!

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 33 11 36
Fax: (0511) 33 60 221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Das Büro ist i. d. R. Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Die Landesvereinigung würde eine Spende für die Arbeit des LV auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr begrüßen.

Neues Mahnmal in Soltau

Kurz vor Kriegsende 1945 mussten 90 KZ-Häftlinge sterben

Ein SPD-Kommunalpolitiker sammelte Spenden, weil der Rat der Stadt Soltau keine Steuergelder geben wollte. Das Geld wurde gebraucht für ein Mahnmal, das an die 90 Nazi-Opfer erinnern soll, die am 11. April 1945 durch die Soltauer Wälder gehetzt und getötet wurden.

Grau und kühl ragen die Quader aus dem Boden. Dass sie an das Holocaust-Mahnmal in Berlin erinnern, ist kein Zufall. Die acht Stelen aus Beton in Soltau (Landkreis Soltau-Fallingb.otel) hat der amerikanische Architekt Peter Eisenman entworfen. Es sind seine Ber-

liner Musterstelen, also die Vorlagen für die 2711 Exemplare, die das Stelenfeld in Berlin bilden. In der Stadt Soltau wurde aus diesen Modellen ein eigenes Mahnmal errichtet - als Erinnerung an die, die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft geworden sind.

»Soltau hat aus dieser Zeit einiges aufzuarbeiten - und tut sich schwer damit«, sagt Wilfried Worch-Rohweder, Initiator des Mahnmals. Der SPD-Kommunalpolitiker hatte 2003 Kontakt zur »Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas« aufgenommen und sie von seiner Idee eines Mahnmals für Soltau überzeugt. Der Rechtsanwalt und damalige

stellvertretende Landrat machte seine Pläne öffentlich und traf auf teils erbitterten Widerstand. Die Frage war grundsätzlich: Braucht Soltau ein solches Mahnmal?

Nach einigem Hin und Her stimmte der Soltauer Rat 2005 schließlich zu. Mahnmal ja, öffentliche Mittel nein. Begründung: Der klamme Haushalt. Zusammenkommen sollten die geschätzten 40 000 Euro für das Projekt durch private Spenden.

Es geht bei dem neuen Mahnmal auch um ein ganz eigenes dunkles Kapitel Soltauer Stadtgeschichte. Soltau war Eisenbahnknotenpunkt. Auf der sogenannten Heidebahn rollten Züge überall hin - auch ins

nahe gelegene Konzentrationslager Bergen-Belsen. Am 11. April 1945, wenige Tage vor Kriegsende, gerät einer dieser Züge bei Soltau in einen Bombenangriff. Die Häftlinge können entkommen, sie versteckten sich in den Wäldern - viele von ihnen in einem Gebiet namens »Sibirien«. Die örtlichen Vertreter des NS-Regimes rufen die Bevölkerung auf, sich an der Suche zu beteiligen und die Häftlinge »unter allen Umständen unschädlich zu machen, sollten sie sich zur Wehr setzen«. Die Suche wird zur Hatz, Volkssturm und Hitlerjugend sind auch dabei. Sie erschießen die Häftlinge, verscharren sie im Soltauer Boden. Die Überreste von 90 Toten werden im Laufe der Jahre gefunden.

Im »Sibirien« von Soltau, erinnern nun die Stelen an die Opfer des Nazi-Terrors. **D.-P.Ag.**

Zwangsarbeiter von Hannover-Stöcken in den Tod geschickt

Die Verbrechen der Familie Quandt

In der im November gesendeten Dokumentation »Das Schweigen der Quandts« wird berichtet, daß Überlebende eines Firmen-KZs in Hannover-Stöcken in einer Scheune bei Gardelegen im April 1945 bei lebendigem Leib verbrannt wurden. Zwei der Mörder, Walter Biermann und Arno Brake, liegen heute auf einem Ehrenfriedhof, als »Opfer des Stalinismus«.

Es dauerte 62 Jahre, bis ein weiterer bezeichnender Aspekt des Massenmordes von Garde-

legen-Isenschnibbe einer großen Öffentlichkeit bekannt wurde. In dem Film »Das Schweigen der Quandts« wird bekannt, dass diese Familie am Tod der Häftlinge in der Scheune von Gardelegen-Isenschnibbe in hohem Maße mitschuldig ist. Die Familie Quandt gehört zu den reichsten der Welt, ihr Reichtum fußt vor allem auf der Ausbeutung der Zwangsarbeiter im Krieg und auf den Profiten aus der Hochrüstung. Sie hat sich nie bei ihren Opfern entschuldigt und sie auch nie wirklich entschädigt.

Sie hat auch nie ein Wort des Bedauerns darüber gefunden, dass der Wehrwirtschaftsführer und Nazi-Funktionär Günther Quandt, dessen Erbe die Familie 1954 antrat, gemeinsam mit seinem Sohn Herbert als Schreibtischtäter am Mord von Gardelegen beteiligt war. Vom Akkumulatorenwerk der Quandts in Hannover-Stöcken, deportierten diese Herren Hunderte nicht mehr arbeitsfähige Zwangsarbeiter aus ihrem firmeneigenen KZ nach Gardelegen (Sachsen-Anhalt). Dort wurden sie Opfer der Mordaktion der Gestapo und der NSDAP in der Feldscheune von Isenschnibbe. Quandt sen. wurde nie für seine Untaten bestraft,

nach 1945 war er als »Mitläufer« entnazifiziert worden.

Bei seinem 60. Geburtstag im Juli 1941 sagte der Chef der Deutschen Bank Hermann Abs: »Ihre hervorstechendste Eigenschaft ist Ihr Glaube an Deutschland und den Führer.« Daran hielt er fest. Den von Hitler zum Nachkriegsnachfolger des Propagandaministers Joseph Goebbels ernannten Staatssekretär Werner Naumann förderte er gemeinsam mit seinem Sohn Harald bei seinen Naziaktivitäten im Nachkriegsdeutschland. Die Familie Quandt stellte Naumann als Direktor in ihrer Firma Busch-Jaeeger Lüdenscheider Metallwerke ein. **U.S.**

Zum Beispiel Greven

Protest gegen die Strafbefreiung für Kriegsverbrecher

Aus Anlaß des bundesweiten Aktionstages gegen die Straffreiheit für in Italien verurteilte deutsche Kriegsverbrecher hat Werner Thiel aus Greven einen Antrag an den Rat der Stadt Greven gestellt.

Heinrich Nordheim, Bewohner der Stadt, wurde zweier Kriegsverbre-

chen in den italienischen Dörfern Branzolino und San Tomé angeklagt und er wurde verurteilt, was jetzt vom italienischen Militärappellationsgericht in Rom in zweiter Instanz voll und ganz bestätigt worden ist.

Der Antrag lautet: »Umgang mit einem Kriegsverbrechen - Anregung nach §24 der Gemeindeord-

nung NRW - Hiermit lege ich für die kommende Ratssitzung den folgenden Beschlussvorschlag zur Beratung vor: 'Die direkt von dieser Tat eines Greveners im Sommer 1944 betroffenen Angehörigen der Getöteten werden zu einem Besuch durch die Stadt Greven eingeladen. In einer öffentlichen Veranstaltung werden die Filmberichte über den

Prozess und seine Hintergründe aufgeführt. Die Veranstaltung aus Anlass des Volkstrauertag 2008 wird als Schwerpunkt sich mit dem im Prozess angesprochenen Thema (Kriegsverbrechen der Deutschen Wehrmacht in Italien 1944) beschäftigen.'«

Der Rat der Stadt befasste sich auf seiner letzten Sitzung noch nicht mit dem Antrag. Man wird gespannt sein dürfen, wie sich das CDU-dominierte Stadtparlament hierzu verhalten wird. **E.M.**

Nach Stolpersteinen für Opfer nun Informationen über Täter

Rallye führt auf Spur der Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945

Eine Rallye »Spurensuche Verbrechen der Wirtschaft 1933-1945« will die nordrhein-westfälische VVN-BdA aus Anlaß des 75. Jahrestages der Machtübertragung an Hitler auf den Weg bringen. Sie will eine Dokumentation über diese Verbrechen auf dem Territorium ihres Landes an Rhein, Ruhr und Lippe schaffen.

Antifa- und Jugendgruppen sowie Schülerinnen und Schüler sollen aufgerufen werden, vor Ort die Informationen über die Täter zu sammeln und zusammenzutragen, um sie von der VVN-BdA veröffentlichen zu lassen. Daraus könnten Schriften oder auch Exponate entstehen.

1945 schworen die befreiten Häftlinge des KZ Buchenwald u.a.: »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung. ... Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht.« Doch die Wurzeln des Nazismus wurden nicht beseitigt, nur wenige der Schuldigen standen vor den Richtern. Deshalb gilt es, die Wurzeln des Nazismus weiter zu bekämpfen und die Schuldigen weiter zu benennen. Eine erste Aktion soll am 4. Januar in Köln am Stadtwaldgürtel 35 stattfinden. Dort haben sich vor 75 Jahren Banker, rechte Konservative und Nazis unter Führung Adolf Hitlers getrof-

fen, um die Machtübertragung an Hitler vorzubereiten. Dort befindet sich ein Schild mit dieser Inschrift: »Hier, im Haus des Privatbankiers Kurt Freiherr von Schröder, trafen sich am 4. Januar 1933 Adolf Hitler und Franz von Papen, um über eine Regierungsbildung zwischen Nationalsozialisten und Rechtskonservativen zu beraten. In einem Gespräch wurden die Weichen für Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 gestellt und die Voraussetzungen für die menschenverachtende Diktatur der Nationalsozialisten geschaffen. Kurt von Schröder unterstützte bereits vor 1933 die Ziele des Nationalsozialismus und organisierte nach 1933 finanzielle Leistungen der deutschen Wirtschaft an die SS.«

Zahlreiche Vertreter des Großkapitals wurden im höchsten Maße schuldig. Von ihrem Profit, den sie aus Krieg und Leid der Menschen zogen, haben sie kaum etwas in Form von Entschädigung an die Opfer zurückgezahlt. Wissenschaftler haben errechnet, dass im Jahre 2000 bei der sog. Entschädigung der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nur zehn Prozent der Summe an entgangenem Lohn an die Überlebenden gezahlt wurde, von den gut zehn Millionen bereits verstorbenen Sklavenarbeitern gar nicht zu reden, die keinen Pfennig oder Cent erhielten und deren Angehörige ebenfalls leer



Kurt Bachmann vor der Bankiersvilla am Stadtwaldgürtel, in der Konservative, Wirtschaftsvertreter und Adolf Hitler ihren Pakt perfekt machten. Bachmann, kommunistischer Politiker und Widerstandskämpfer, hat als junger Journalist als erster über das Treffen vom 4. Januar 1933 informiert.

Bild: arbeiterfotographie.com

ausgingen.

Die VVN-BdA NRW fordert den Zukunftsfonds der Stiftung »Erinnerung Verantwortung Zukunft«, die zur Zwangsarbeiterentschädigung gebildet wurde, auf, die Schülerinnen und Schüler über die Verbrechen der deutschen Wirtschaft aus der Zeit von 1933 bis 1945 aufzuklären oder entsprechende Projekte und Recherchen zu fördern. Schilder wie jenes am Stadtwaldgürtel in Köln müssten an vielen Orten im Lande stehen, meinen die Initiatoren der Rallye.

Mögliche Standorte solcher und ähnlicher Schilder – die zugleich »Tatorte« wären – gibt es vielerorts. Der Standort der Villa Springorum an der Hainallee in Dortmund, wo sich die Ruhrladen-Industriellen mit dem Hitler-Steigbügelhalter von Papen am 7.1.1933 gegen die Demokratie und den Frieden verschworen, soll ebenfalls Staion der Rallye sein. Nicht vergessen werden soll die zum Quandt-Konzern gehörende Fa. Busch-Jäger in Lüdenscheid, von

wo aus noch nach 1945 der Goebbels-Nachfolger Werner Naumann die Fäden zu alten und neuen Nazigruppen spann. Das Krupp-Zwangsarbeiterlager, das nicht mehr arbeitsfähige Sklaven nach Auschwitz und Bergen-Belsen verbringen ließ, verdient untersucht zu werden. Die VVN-BdA: »In jeder Stadt gibt es Stätten, die auf einem 'Atlas der Täter' vermerkt werden müssten: Vor allem die Stätten der Sklavenarbeit und der Kriegsendphasenverbrechen, aber auch die Konzernzentralen und die firmeneigenen Gefängnisse.«

Ulrich Sander

»Mörderisches Finale - Die Kriegsendverbrechen des NS-Regimes« heißt ein Buch, das in diesen Tagen herauskommt und das Auskunft über viele Tatorte gibt, die im Rahmen der Rallye untersucht werden sollten. Es wurde herausgegeben vom Internationalen Rombergparkkomitee. Das Buch erscheint Anfang Februar 2008 bei papy rossa, Köln. Ca. 160 Seiten, 12 Euro 90, VKK 10 EURO.



Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Nordrhein-Westfalen am 16. Februar 2008 in Düsseldorf

Thema der Konferenz ist »**Die Zukunft des Antifaschismus und der Demokratie in NRW**«. Es referieren und diskutieren mit uns: **Sevim Dagdelen**, MdB DIE LINKE, **Prof. Dr. Wolfgang Drefsen**, Uni Düsseldorf, **Monika Dueker**, MdL B'90/Grüne und der DGB-Landesvorsitzende **Guntram Schneider**.

Neben den 130 Delegierten sind auch Gäste herzlich willkommen. **Anmeldung** unter VVN-BdA NRW, Tel.: (02 02) 45 06 29 oder E-Mail vvn-bdanrw@freenet.de.

16. Februar 2008, 10 Uhr, im Verdi-Haus, Karlstr. 123-127, 40210 Düsseldorf, am Hauptbahnhof.

Für Anton Saefkow und gegen Nazis in den Parlamenten

Lichtenberger Bezirksverordnete und Demonstranten weisen Naziprovokation zurück

Mit überwältigender Mehrheit wies am späten Abend des 13. Dezember 2007 die Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung (BVV) eine Provokation der NPD zurück. Die Abgeordneten solidarisierten sich mit dem Protest von anwesenden Antifaschisten. Am 13. Dezember 2007 hatte die NPD-Fraktion in der Lichtenberger BVV einen Antrag gestellt, den Anton-Saefkow-Platz in Waldemar Pabst-Platz umzubenennen. Saefkow war ein führender Widerstandskämpfer gegen die Nazis und Waldemar Papst der Anführer der Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Der 1939 nach langjähriger Haft entlassene Kommunist Anton Saefkow baute in den Jahren 1942 bis 1944 mit Franz Jacob und Bern-



Antifaschistischer Protest in der Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung am 13. Dezember. Bild: Lange

hard Bästlein eine der größten Berliner Widerstandsorganisationen auf. Über 400 Frauen und Männer – Kommunisten, Sozialdemokraten und Menschen mit unterschiedlichen politischen und weltan-

schaulichen Ansichten – setzten sich für den Sturz Hitlers und das Ende des Krieges ein. An die 300 Mitstreiter wurden im Sommer 1944 verhaftet, über 100, darunter auch Anton Saefkow, ermordet.

Vor Beginn der BVV hatte die Berliner VVN-BdA zu einer Kundgebung aufgerufen. Über 100 Antifaschisten protestierten vor dem Tagungsgebäude gegen die NPD-Provokation. Sie machten den Skandal öffentlich, dass die NPD in einem Berliner Bezirksparlament den Namen eines Widerstandskämpfers aus dem Stadtbild tilgen und den Mörder von Luxemburg und Liebknecht, zu einem Helden stilisieren will. Bärbel Schindler-Saefkow, die Tochter von Anton Saefkow sowie Bürgermeisterin Christina Emmerich und Jürgen Hofmann, Vorsitzender des Kulturausschusses der BVV, begrüßten die Aktion und dankten für die Unterstützung bei der Abwehr dieser unsäglichen Provokation. Eine Bewohnerin vom Anton-Saefkow-Platz kündigte an, dort eine antifaschistische Bürgerinitiative zu gründen. **Hans Coppi**

NORDRHEIN-WESTFALEN

BKA muss Schaden gutmachen

VVN-BdA: Selbstentschuldung reicht nicht

Das Bundeskriminalamt (BKA) hat angekündigt, seine Geschichte wissenschaftlich aufarbeiten zu lassen. Die nun vom BKA eingeräumte Durchdringung des Polizeiapparats mit Kräften des Reichssicherheitshauptamtes und der Gestapo hat die VVN-BdA schon frühzeitig thematisiert.

Die Folge war, dass die VVN-Organisation lange Zeit von den selben Kräften verfolgt wurde, die schon in der Zeit des Faschismus unendliches Leid über die Menschen gebracht haben. »Die Funktionsträger des alten Systems saßen in der Politik, in den Chefetagen der Wirtschaft, in Medien, in Behörden, Kirchen und Verbänden – und in der Polizei. Aus Judenverfolgern wurden praktischerweise Kommunistenjäger, wer beispielsweise Sinti und Roma verfolgt hat-

te, konnte munter weiter verfolgen.« (Hans Leyendecker am 31.10.07 in der Süddeutschen).

In einem Schreiben an die Organisationen der Sinti und Roma, die ebenfalls sehr betroffen waren, hat die VVN-BdA erklärt: »Angesichts der Ungeheuerlichkeit des heute behördeninternen Eingestandenen reicht eine Behandlung des Themas in Polizeiberatungen nicht aus. Hier sind Regierungserklärungen im Bundestag und Landtag und Entschuldigungen an den Sinti und Roma und an den Linken in der antifaschistischen Bewegung fällig, ferner Bemühungen um öffentliche Rehabilitation und Entschädigung. Wir fordern antifaschistische Abgeordnete und Wissenschaftler auf, sich für eine Untersuchung der BKA stark zu machen – mit dem Ziel, zu einer Entschuldigung bei den Opfern und zu ihrer Entschädigung zu gelangen.« **U.S.**

Gedenken an Schwarze KZ-Opfer

Auch weiterhin viele Diskriminierungen

In Aachen gedachten am Volkstrauertag an den KZ-Gräbern auf dem Waldfriedhof zahlreiche Menschen den KZ-Opfern des NS-Regimes, hier insbesondere den Schwarzen. Hauptrednerin war eine Vertreterin der Initiative Schwarze Deutsche und schwarze Menschen in Deutschland.

Veranstalter waren die VVN-BdA, unterstützt von der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) und »Frauen 60+«.

In den Wortbeiträgen wurden nicht nur an die rund 2000 schwarzen Menschen erinnert, die in deutschen KZs umgekommen sind, sondern auch auf die Biografien mehrere schwarzer Deutscher eingegangen, die die Nazizeit auf unterschiedliche Weise überlebt hatten.

So wurde an die Musikerin Fasia

Jansen (Hamburg/Oberhausen) erinnert und aus der Autobiografie von Hans-Jürgen Massaquoi (Hamburg/New York) vorgelesen. Kritisiert wurde die Auffassung, schwarze Menschen könnten keine Deutschen sein. Das Bild von Schwarzen sei in Deutschland größtenteils von negativen Stereotypen (Drogenhändler, Asylant) geprägt, bestenfalls wird dem Schwarzen noch eine Existenz als Künstler (Musiker, Tänzer) zugestanden, als normale Mitbürger würden sie nicht wahrgenommen. Im Bildungswesen seien schwarze Kinder wie Migrantenkinder oft benachteiligt. **D.P.**

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (02 02) 45 06 29
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28212-435, BLZ 36010043

Auch Berliner VVN feiert 60 Jahre

Konferenz – Festveranstaltung – Feier am 20. Januar 2008

Am 16./17. Januar 1948 gründete sich der Berliner Verband als letzter Landesverband der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Heute – nach nunmehr 60 Jahren antifaschistischen Engagements – gehört die VVN zum festen Bestandteil zivilgesellschaftlicher Strukturen und antifaschistischer Bündnisse.

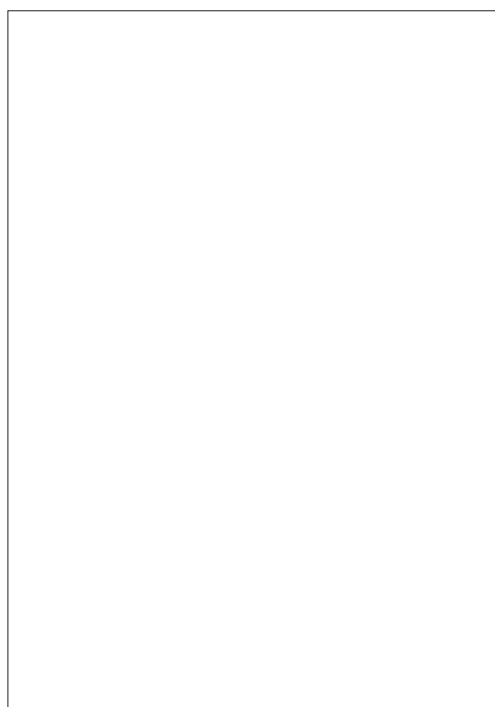
In der VVN-BdA sind weit mehr als 60 Jahre Erfahrungen antifaschistischen Kampfes unter Bedingungen aufgehoben, die unterschiedlicher kaum sein können: Verfolgung und Widerstand unter den extremen Bedingungen des Nazi-Regimes, demokratischer Neubeginn im Kalten Krieg, zivilgesellschaftlicher Protest in der Bundesrepublik, Gestaltung eines neuen Deutschland im Osten samt Fehlern und

Versäumnissen und dessen Niedergang – und dann ein erneuter Neubeginn im vereinten Deutschland.

Wir nehmen den 60. Geburtstag der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes zum Anlass, genau diese vielfältigen Erfahrungen – Erfolge, Rückschläge, daraus folgende Lernprozesse und Fortentwicklung eigener Positionen – zu reflektieren und für die Herausforderungen künftigen antifaschistischen Engagements fruchtbar zu machen.

Denn noch immer liegen viele Aufgaben und Träume unerfüllt vor uns.

Sowohl die Konferenz als auch die Festveranstaltung sind öffentlich, der Eintritt ist frei, die Veranstaltungsorte sind behindertengerecht. Alle sind herzlich eingeladen.



Gegen die Entsorgung der Vergangenheit

Zur Erinnerung an die Rote Kapelle

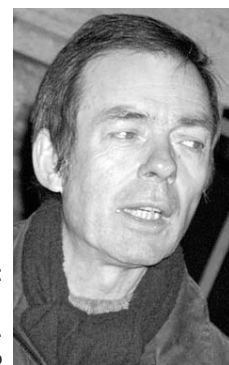
Das Bündnis »Gegen die Entsorgung von Vergangenheit«, dem auch die Berliner VVN-BdA angehört, erinnerte am 19. Dezember mit einer Mahnwache vor dem Gebäude des früheren Reichskriegsgerichts an die vor 65 Jahren gefällten Todesurteile gegen Widerstandskämpfer aus der Roten Kapelle.

saal, in dem viele Todesurteile gesprochen wurden, sollte eine Ausstellung die mörderische NS-Militärjustiz dokumentieren. Stattdessen wird ein Gemeinschaftsraum für betuchte Mieter entstehen.

Libertas und Harro Schulze-Boysen, Elisabeth und Kurt Schumacher, Arvid Harnack, John Graudenz, Hans Coppi und weitere Angeklagte wurden auf Befehl Hitlers bereits am Abend des 22. Dezember in Plötzensee ermordet. Das Reichskriegsgericht fällte in der Witzlebenstrasse von 1939 bis 1943 über 1400 Todesurteile.

Ein privater Investor erwarb das Gebäude vom Bund und baute darin 107 Luxus-Wohnungen aus. Eine Erinnerung an die Opfer der NS-Militärjustiz und die Täter ist im »Atrium am Lietzensee« nicht vorgesehen. In dem großen Gerichts-

Die Notwendigkeit, sich dem historischen Erbe des Gebäudes zu stellen, bleibt. Die Mahnwache war ein Protest gegen die stille Entsorgung von Geschichte, verbunden mit der Forderung nach einem würdigen Gedenken an alle Opfer der NS-Militärjustiz. **L. E.**



Redner:
Hans
Coppi.
kappa.photo

Veranstaltungen der Galerie Olga Benario

Freitag, 17. Januar

Eröffnung der Ausstellung zum Leben von Olga Benario. Galerie O. Benario, Richardstr. 104, Neukölln, 19.30 Uhr

8. Februar 2008

»Ein Leben für die Revolution« Doku von G. Iytanir u Gespräch mit Claudia von Gélieu. Museum Neukölln, Ganghoferstr. 3, 17 Uhr

12. Februar 2008

Kundgebung am Stolperstein für Olga Benario, Ecke Inn/Donaustraße. 17 Uhr.

14. Februar 2008

Geburtstag: 27. November, Geburtsort: Frauengefängnis Barnimstraße. Gespräch mit Anita Prestes und Hans Coppi, Haus d. Demokratie, Greifswalder Straße 4, 19 Uhr

Stolperstein für Olga Benario zum 100. Geburtstag

Neuköllner Galerie Olga Benario lädt ein zu Gedenkveranstaltungen

In der Galerie Olga Benario gab es schon lange die Idee, mit einem Stolperstein an ihre Namensgeberin zu erinnern. Nun konnte das Vorhaben gerade noch rechtzeitig zum 100. Geburtstag von Olga Benario am 12. Februar 2008 realisiert werden.

Am 10. Dezember 2007 hat Gunter Demnig in der Innstraße 24 in Neukölln den Stolperstein für Olga Benario verlegt. Dort war Olga Benario bereits am 30. September 1926 verhaftet worden. Anfang 1925 war sie als 16-Jährige aus ihrer Geburtsstadt München ins rote Neukölln gekommen, um hier im Kommunistischen Jugendverband mitzuarbeiten. In der Innstraße lebte sie mit ihrem Freund Otto Braun zusammen, der für den Sicherheitsapparat der KPD tätig war.

Am 11. April 1928 gelang es Olga Benario und weiteren Genossen Otto Braun aus der Gefängnis Moabit zu befreien. Mit dieser Aufsehen erregenden Befreiungsaktion verhinderte sie den Hochverratsprozess, der im Mai 1928 gegen Braun und sie eröffnet werden und der zu einem erneuten KPD-Verbot führen sollte. Beiden gelang die Flucht in die UdSSR. Von dort begleitete sie 1934 Luis Carlos Prestes nach Brasilien. Doch die Hoffnungen auf eine Revolution erfüllten sich nicht.

Olga Benario wurde 1936 an Nazi-Deutschland ausgeliefert. Ihre Tochter Anita Prestes musste sie im 27. November 1936 im Berliner Frauengefängnis Barnimstraße zur Welt bringen. Dann wurde sie ins KZ Lichtenburg verschleppt, 1939 ins KZ Ravensbrück. Im April 1942 wurde sie wegen ihrer jüdischen Ab-



Bleibende Erinnerung an Olga Benario.

Bild: kappa.photo

stammung zusammen mit anderen Frauen in der Gaskammer der Euthanasie-Mordanstalt Bernburg umgebracht. Seit 1984 erinnert die Galerie Olga Benario an die engagierte Kommunistin und Antifaschistin.

Da der Termin, vor allem aber die Uhrzeit für die Verlegung des Stolpersteins durch den Künst-

ler nur ungefähr bekannt waren, hat die Galerie beschlossen, die offizielle Einweihung am Geburtstag von Olga Benario zu veranstalten. Dazu wird auch ihre Tochter Anita Prestes aus Brasilien erwartet.

Claudia von Gelieu

weitere Veranstaltungen auf Seite 15

»Arbeitsscheu Reich«: Der Opfer gedenken

Veranstaltungsreihe zu Marginalisierten gestern und heute

Am 26. Januar 1938 erließ SS-Reichsleiter Heinrich Himmler den Erlass zur Aktion »Arbeitsscheu Reich«, »Asoziale« oder »Volks- und Gemeinschaftsfremde« waren jetzt vogelfrei. Der Arbeitskreis »Marginalisierte – gestern und heute« bereitet aus diesem Anlass eine Veranstaltungsreihe vor. Im Mittelpunkt stehen Kontinuitäten und Brüche bei der Verfolgung gesellschaftlicher Außenseiter von 1938 bis heute.

Mehr als 20 000 Bettler, Wanderer, Wohnungslose, Sinti und Roma, Homosexuelle, Prostituierte, »Kleinkriminelle« ebenso wie Alkoholranke, Frauen mit Kindern verschiedener Väter, Alleinerziehende, mitunter sogar ihre Kinder, große Familien, die längerfristig von der Fürsorge abhängig waren oder auch Kranke, Behinderte, jüdische und nicht deutsche Menschen, Erwerbslose, Leute, die die

Arbeit störten, boykottierten, sabotierten oder zu spät kamen, wurden in reichsweiten Aktionen im April und Juni 1938 als »Schwarzwinkler« in Konzentrationslager deportiert.

Das Augenmerk des ersten Teils der Veranstaltungsreihe liegt auf der Vergangenheit. Zur Eröffnung wird die Ausstellung »Wohnungslose im Nationalsozialismus« im traditionsreichen Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin-Prenzlauer Berg präsentiert. Anlässlich des »Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus« 2008 wird der vergessenen Opfer-

Die »Asozialen« in der heutigen Gesellschaft

gruppe der »Asozialen«, denen bis heute Rehabilitation, Entschädigung und Lobby fehlen, gedacht und an sie erinnert.

Der zweite Teil zeichnet Spuren

und Auswirkungen so bezeichneter Asozialität im Alltagsbewußtsein von der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart nach. Im Mehringhof, Versammlungsraum, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin-Kreuzberg thematisieren die Veranstalter den Umgang mit »Mißliebigen« und »Unangepassten«, die als »Randgruppen« bzw. »Unterschicht« stigmatisiert werden.

Dies ist die Lage: Im öffentlichen Diskurs werden Erwerbslose der »Selbstbedienung im Sozialstaat« bezichtigt oder mit Parasiten verglichen. Klischeeartig erscheinen Bedürftige in Politik und Medien als Sozialleistungsbetrüger, Vermögensverdunkler, Einkommensverschweiger, Abzocker oder singende Cabriobesitzer. Armut wird kriminalisiert, Obdachlose aus Bahnhöfen und »Wohlstandaeareas« vertrieben. Bei Massenarbeitslosigkeit und anwachsenden unabgesicherten Arbeitsverhältnissen wird durch Diskriminierung Erwerbsloser die soziale Spaltung

der Gesellschaft weiter vorangetrieben. Die Angst vor dem sozialen Abstieg ist ein wirkungsvoller Selektionsmechanismus, der die Bedürftigen vom »normalen gesellschaftlichen Leben« ausgrenzt. Die »Hilfslosigkeit« der heutigen Gesellschaft, die alles am Geldeswert bemisst sowie die Erscheinungen der »strukturellen Gewalt« regen zu einem (Neu)Nachdenken an.

Ab April 2008 stehen unter dem Motto »Die Stadt gehört allen!« die Marginalisierten aus Berlin im Vordergrund.

Lothar Eberhardt

Weitere Informationen auf der Website www.marginalisierte.de, Anfragen unter marginalisierte@yahoo.de.

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29 78 41 78
Fax: (030) 29 78 43 78
Internet: <http://berlin.vvn-bda.org>
E-Mail: berlin@vvn-bda.org